

- Zum 8. Mai
- Großer Streik in Dänemark
- Bergarbeiter nach dem Streik
- Krupp/Siegen
- IG Chemie

1. Mai 1985

Solidarität in Worten? Taten zählen.



Es macht uns
ein Geschwätz
nicht satt –
das schafft
kein Essen her.

«Unsere Stärke heißt Solidarität» ist das Motto des DGB zum 1. Mai. Aber ob wir den »Tag der Arbeit«, wie der Kampftag der Arbeiterklasse gedankenlos auch heute noch im Nazi-Jargon bezeichnet wird, oder den 8. Mai, den Tag der Kapitulation der Nazi-Diktatur nehmen: beiden gemeinsam ist, daß in der bundesdeutschen Bevölkerung jeder klassenspezifische Inhalt fehlt oder fragwürdig geworden ist. Da wird natürlich auch von den Gewerkschaftsspitzen kräftig unter den Teppich gekehrt, obwohl immer deutlicher wird, daß wir an einem Wendepunkt der Nachkriegsgeschichte angelangt sind.

Keine Solidarität mit den britischen Bergarbeitern

Unsere Gewerkschaften hatten in den vergangenen 12 Monaten Gelegenheit zu beweisen, was für sie Solidarität bedeutet. Aber sie ließen die Bergarbeiter im Stich. Niemals mehr hat die herrschende Klasse Englands seit der Zeit der Chartistenbewegung mit einer solchen Unnachgiebigkeit den Kampf um die Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Macht geführt wie jetzt gegen die Bergleute. Sie hat alle Hebel in

Bewegung gesetzt, national und international, um die Kumpels zu isolieren und sie so zu besiegen. Es hat ihr nichts ausgemacht, über eine halbe Million Menschen in den Bergarbeitergemeinden mit dem Mittel des Hungers zur »Vernunft« bringen zu wollen. Sie hat dafür Milliardensummen eingesetzt. Die Politik, die sie früher in den Kolonien, in Indien und noch immer in Nordirland, betreibt, greift jetzt auf das Mutterland über. Nicht mehr irgendwelche aufständischen Eingeborenen-Stämme oder Religions-Gruppen sind niederzumachen, sondern die organisierte »working class« im Zentrum des alten Empire. Wenn auch die Bergarbeiter nicht so geschlagen werden konnten, daß ihre Gewerkschaft zerstört und ihr Rückgrat gebrochen wurde — die Isolierung von den anderen Arbeitern ist zeitweilig gelungen.

Den größten »Erfolg« hatte die britische Regierung allerdings in der Bundesrepublik, wo DGB, IGM und fast alle Einzelgewerkschaften sich mehr oder weniger deutlich von der N.U.M. distanzieren. Das drückt sich jetzt auch darin aus, daß kein Vertreter der englischen Bergarbeiter zum Internationalen Feiertag der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung vom DGB eingeladen wurde.

Das war schon mal anders. Am 1. Mai 1946 konnte mit besonderer Genugtuung der deutschen Gewerkschafter, die den 2. Weltkrieg überlebt hatten, ein Vertreter der britischen Arbeiterbewegung, Fenner Brockway, in Hamburg zu ihnen sprechen. Er gehörte zu jenem Teil der Labour-Linken und Gewerkschafter, der nicht die offizielle britische Besatzungspolitik unterstützte. Während Fenner Brockway vom internationalen Klassenstandpunkt ausging, unterdrückte die Besatzungsmacht trotz britischer Labour-Regierung jeden Versuch der Bildung einer selbständigen Klassenorganisation. (In Hamburg wurde z.B. die »Sozialistische Freie Gewerkschaft« nach kurzer Zeit verboten).

Damals sollten die deutschen Gewerkschafter von ihren Kollegen in den Nachbarländern isoliert werden. Keine Verbrüderung mit den Deutschen! — das war der Befehl der Besatzungsbehörden, den einige Vertreter der britischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung durchbrachen, als fast die ganze Welt, ohne einen Unterschied zu machen, für den Krieg und die Verwüstungen auch die deutsche Arbeiterklasse verantwortlich machen wollte. Daß die herrschenden Klassen Englands und Frankreichs Hitler zugestimmt hatten, als er mit Hilfe von SA und SS die politische und gewerkschaftliche Bewegung blutig unterdrückte, das wurde nicht mehr erwähnt. Der britische Gast schloß 1946 seine Rede dagegen mit den Worten: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

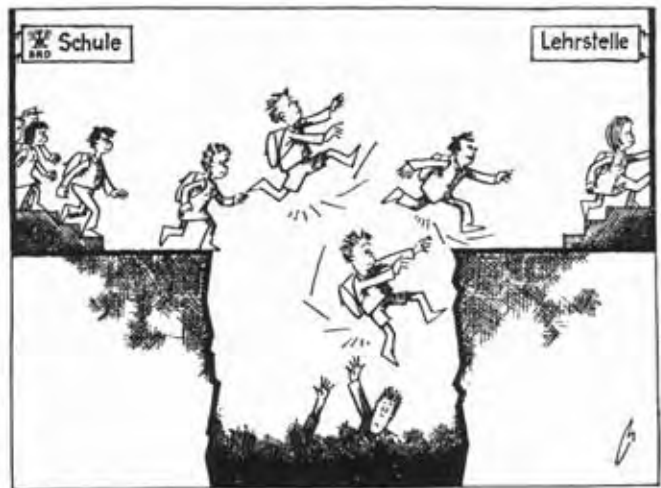
Anpassung des DGB an den Weg nach rechts

Im September 1947 hat der aus der Labour Party kommende damalige britische Außenminister Bevin anlässlich eines Bergarbeiterstreiks erklärt: »Ich liebe die Hartnäckigkeit der englischen Bergarbeiter.« — Es war diese Hartnäckigkeit bei der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze, die 37 Jahre später bei vielen Gewerkschaftskollegen in der BRD nach den »Erfolgen« und Folgen der Streiks um die 35-Stundenwoche Bewunderung hervorrief. Warum können wir das nicht, hörte man sehr oft. Sehr zum Mißfallen der Führungen von DGB, IGM, der IG Chemie, der IG Bergbau und ähnlicher »verwandter« Führer. Bei den oberen Gewerkschaftsinstanzen rief der Kampf Befürchtungen hervor, daß diese britische Hartnäckigkeit im Umgang mit den Gegnern auch auf westdeutsche Gewerkschafter übergreifen könnte. Sie warteten auf das »baldige Ende« und ergingen sich in Ausflüchten, wenn es z.B. um die Streikbrecherkohle aus der BRD ging: »Da es verschiedene Deklarierungsmöglichkeiten gibt, ist schwer auszumachen, welche Kohlemengen tatsächlich von der BR nach GB gegangen sind.« (Der DGB in seiner Antwort an die Falken).

● Die »Lehren« der IGM aus dem Kampf um die 35-Stundenwoche kommen jetzt ans Licht: juristische Einwände gegen Werksbesetzungen. Zum gleichen Zeitpunkt verkündet der gleiche IGM-Vorstand die Forderung nach der »Vergesellschaftung« der Stahlindustrie. Kann man das noch ernst nehmen? Ein paar Tage später besänftigt Steinkühler unruhig gewordene Metaller damit, man habe »Verständnis« für Besetzungen. Tatsächlich aber unterstützt und fördert der Gewerkschaftsapparat so illusionäre Vorstellungen in der Mitgliedschaft, die »Rettung der Stahlarbeitsplätze« z. B. in Siegen und Georgsmarienhütte, könne mit Wunschzetteln an Politiker herbeigeredet werden.

● Die jetzt schon sichtbaren negativen Folgen der Flexibilisierung durch Aufspaltung der Belegschaften in Sondergruppen werden in »Metall« mit flotten Sprüchen »Alles klar für eine Million Metaller« untergebuttert.

● Aus der Presse erfahren wir die Bettelei des IG Chemie-Tarifexperten Mettke bei den Unternehmern. Er klagt vergeblich den Judaslohn dafür ein, daß seine Gewerkschaft, mit Hermann Rappe an der Spitze, den Verfechtern der 35-Stundenwoche während der Streiks 1984 in den Rücken fiel.



● In »Kamingesprächen« bei Kanzler Kohl will die DGB-Spitze wieder »mit am Tisch sitzen«. Da stört es offenbar wenig, daß von CDU/CSU und FDP ein Vorstoß nach dem anderen kommt, um das Tarifsysteem zu untergraben.

Leere Worte statt Gegenwehr

Ernst Breit stellt fest, daß die Forderung nach Gleitklauseln in Tarifen zur niedrigeren Bezahlung bisher Arbeitsloser »das gesamte Sozialsystem unseres Landes in Frage stellt.« Dabei hat er allerdings seinen Parteifreund, den ehemaligen IG Bau-Vorsitzenden und gefeierten Schlichter Georg Leber, vergessen, der ja auch von der Lockerung der Tarife spricht.

Viele ältere Kollegen hoffen noch, mit Hilfe von Sozialplänen, Vorruhestandsregelungen und Verrentung dem immer schwieriger werdenden Existenzkampf am Arbeitsplatz entkommen zu können. Die junge Generation wird für den dabei stattfindenden Verlust an Arbeitsplätzen zahlen müssen. Da muß auch der »gesicherte Lebensabend« der Alten und Jungen auf der Strecke bleiben.

Eine Gesellschaft, die sich der Jugend gegenüber so verbrecherisch verhält, ihr einen Arbeitsplatz vorzuenthalten, während der Reichtum überquillt, trägt die Verantwortung für die unmittelbaren Folgen: die Ausbreitung der Kriminalität. Mit Gefängnissen und Justiz wird höchstens zeitweilig an Symptomen herumgedoktert.

In welchem Zustand sich unsere Gewerkschaften befinden, zeigt das IGM-Konzept zur Bekämpfung des Arbeitsplatzabbaus in der Unterhaltungselektronik. Es wird den Unternehmern »Diversifizierung in neue, artverwandte Wachstumsbereiche« empfohlen, die Nutzung von Steuergeldern für

Inhaltsverzeichnis

Zum 1. Mai 1985	1
Was geht uns der »8. Mai« an?	4
Dänemark:	
Staatliches Tarifdiktat und die Antwort der Arbeiter ...	8
Großbritannien:	
Streik zu Ende — alles zu Ende?	11
35-Std.-Woche:	
Mit der Gewerkschaftsführung an einem Strang?	15
Arbeiterkorrespondenzen:	
Siegen Krupp saniert problemlos	17
Vergesellschaftung bei Stahl — leere Hülle	19
IG Chemie: Vom betrogenen Betrüger	20

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lübcke - Herstellung und Vertrieb: GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15
Postcheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20

»rollierende Fortbildung«, »Ausbau der bestehenden Ansätze zu Handelsabkommen«. Da wird der Bock zum Gärtner: als wenn das Kapital noch gute Ratschläge brauchte, wo und wie in der Krise weiterhin Profit zu machen ist.

Bankrott des »Wirtschaftswunders«

Die Brutalität, die angesichts einer Reservearmee von vielen Millionen Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt sich in den Betrieben ausbreitet, nähert sich mehr und mehr den totgesagten Erfahrungen und Methoden des 1000jährigen Reiches, verfeinert zwar, aber in der Wirkung nicht anders. Was unter dem Begriff der Leistungsgesellschaft zur Heranbildung von »Eliten« von Politikern und Unternehmern getan wird, wirft die Frage auf, was denn eigentlich die Zukunft derjenigen sein soll, die bei dieser Selektion den Spitzenanforderungen und Leistungsansprüchen der Unternehmen nicht mehr genügen. Welcher Unternehmer nimmt eigentlich, wenn er auswählen kann aus einer großen Zahl von Suchenden, einen, der nur Hauptschulabschluss vorzuweisen hat, der von der Gesellschaft in seinen Entwicklungsmöglichkeiten vernachlässigt wurde, sich nicht in dem Maße entfalten konnte wie andere? »Arbeitsplatzbesitzer« (womit nicht die Unternehmer, sondern die Werkstätten gemeint sind) gegen Arbeitslose zu hetzen, arbeitende Frauen gegen arbeitende Männer — sie tun alles, um den Klassengegensatz zwischen der herrschenden Klasse und der arbeitenden Bevölkerung zu verwischen und die Opfer gegeneinander zu hetzen, wie z. B. der Arbeitsminister Blüm, Mitglied der IGM. So kann er von den Ursachen, die im Wirtschaftssystem liegen, ablenken.

Begleitet wird dieses gesellschaftspolitische Verbrechen nicht allein von moralisierenden Reden von Menschlichkeit, sondern auch von einer Demagogie, die schon die Nazis beherrschten.

US-Rezepte

Der scheidende amerikanische Botschafter Burns, Nationalökonom, hat der Regierung Kohl Ratschläge und Hinweise gegeben, um die »fehlende Dynamik« im deutschen Wirtschaftsleben zu überwinden. Nachzulesen in der »Welt« vom 18. 3. 1985: Die Arbeiterwoche in der BRD ist »die kürzeste in der ganzen Welt«. Das gefällt Burns nicht. »Lange Ferientage und Feiertage häufen sich, was sich negativ auf die Arbeitsmoral niederschlägt.« »Unternehmergewinne sind zu niedrig.« Profite nennt Burns »einen sehr wichtigen Indikator der Gesundheit einer Wirtschaft...«

Burns weist auf die vielen neuen High-Technology-Zentren in den USA hin, in denen »es nicht eine einzige Forschungsstätte gibt, die gewerkschaftlich organisiert« ist. Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt »große Rigidität«. Die Europäer sind... »risikoscheuer als die Amerikaner«.

Dieses Rezept wurde zuerst von Reagan gegen die amerikanischen Fluglotsen und ihre Gewerkschaft PATCO 1982 angewandt: Wer streikt, fliegt raus. Gewerkschaften, die auch nur die geringsten Möglichkeiten bieten, daß Arbeiter und Angestellte sich zu gemeinsamem Kampf sammeln können, sind nicht erwünscht. Dieses Rezept hat die US-Regierung der Thatcher-Regierung bei deren Verbot der Gewerkschaftszugehörigkeit von Angestellten des Sicherheitsdienstes zur Nachahmung empfohlen. Und letztlich (mit weniger Erfolg) gegen die britischen Bergarbeiter. Gewünscht wird der individuelle Arbeiter oder Angestellte, der als Konkurrent mit seinesgleichen auf dem Arbeitsmarkt erscheint, Wachs in den Händen der Unternehmer ist, Ellenbogen gegenüber seinen Kollegen zeigt und um die Gunst bei seinen Herren wetteifert. Devise: »Wir sind alle Egoisten.«

Während die Nazis das in der Weimarer Republik vorhandene Klassenbewußtsein der Arbeiter in die alle Klassen umfassende Volksgemeinschaft auflösten, sind die herrschenden Kreise heute dabei, allein die Möglichkeit entstehenden Klassenbewußtseins durch Individualisierung zu bekämpfen. ■

Damals wurde das Ziel, die wirtschaftliche Macht des Kapitals in Deutschland zu erhalten, verschleiert mit Reden vom »nationalen Sozialismus«. Die Nazis machten sich so das Verlangen der Menschen nach veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen zunutze, um die Massen irrezuführen: Scheinsozialismus statt wirklicher Abschaffung der kapitalistischen Profitgesellschaft.

Dafür wurden sie ja auch von den deutschen Unternehmern finanziert. Heute zeigt die ständige Betonung der Solidarität und der »Solidargemeinschaft« durch die Vertreter der herrschenden Klasse und der Regierung, daß die Folgen der »Leistungsgesellschaft« und der Selektion verwischt werden müssen, indem man sich der Hoffnung anpaßt, die bei den Opfern entsteht: daß es auch etwas anderes geben kann als diese brutale Leistungsgesellschaft. So stehlen sie der Gewerkschaftsbewegung ihre Grundsätze, um sie zu verfälschen und zur Rettung der Marktwirtschaft zu mißbrauchen. Gleichzeitig reden die Gewerkschaftsführungen z. B. vom gewerkschaftlichen Grundsatz der Solidarität. In der Praxis treten sie ihn mit Füßen, was zur Folge hat, daß die Arbeiter ihn als demagogische Phrase erleben.

Dem Niedergang entgegentreten

Die Ordnung, die 1945 nach dem Ende des 2. Weltkrieges entstand und deren Träger sich viel Vorschußlobernen gaben, zerbricht. Da nützt es nichts, auf die Gewerkschaft und die Betriebsräte zu schimpfen, wie es jetzt immer häufiger zu hören ist. Dem müssen wir entgegentreten, weil sonst die Empörung und Unzufriedenheit, das heimliche Murren vieler Kollegen sich in einer unternehmerfreundlichen Richtung entwickeln wird. Die Unternehmer würden als lachende Dritte dabeistehen und eine solche Entwicklung sogar noch schüren.

Die BRD-Gewerkschaften sind nicht aus den Kämpfen der Arbeiter gegen die Unternehmer 1945 wiederauferstanden, sondern unter Kuratel der damaligen Besatzungsmächte reglementiert und in ihre Tätigkeit mittels »Erziehung zur Demokratie« eingewiesen worden. »Wer sich einbildet, daß diese Parteien, Gewerkschaften, lokalen Behörden etwas werden könnten wie Keimzellen auch nur einer bürgerlichen Demokratie, hat niemals erfaßt, was selbst eine noch so begrenzte Demokratie ist... Demokratie kann nicht teelöffelweise verabreicht werden. Demokratie kann überhaupt nicht gegeben, sie kann nur [gen]ommen werden.« (Thalheimer, Die Potsdamer Beschlüsse, September 1945) Die »Einheitsgewerkschaft« ist ein Produkt dieser Nachkriegs-Zeit, sie berücksichtigt die Erfahrungen mit den verheerenden Folgen der Spaltung in der Weimarer Republik, stellt jedoch eine »Einheit« mit den alten Gegnern der freien Gewerkschaftsbewegung, mit christlich-sozialen, unternehmerfreundlichen »Gewerkschaften«, her. Da genießen Leute wie Blüm und seine christlich-sozialen Arbeitnehmerschüsse Gleichberechtigung, aber klassenbewußte Arbeiter müssen darum erst noch kämpfen.

Demokratische Gleichberechtigung wird uns in dieser wie Medizin verordneten Demokratie nicht geschenkt — und sie kann nur erkämpft werden in der Auseinandersetzung mit einer Gewerkschaftspolitik, die keine Perspektiven mehr hat.

Die Gewerkschaftskollegen und Funktionäre, die sich trotz der feindlichen Haltung von Rappe, Schmidt, Mayr und Co. gegenüber der NUM nicht abhalten ließen, mit den britischen Bergarbeitern Solidarität zu üben, sie vertreten schon heute die zukünftige deutsche Arbeiterbewegung. Sie werden allerdings nicht mit Anerkennung von irgendeiner Seite der etablierten »freiheitlichen Demokratie« und ihrer »Medien-Öffentlichkeit« rechnen können, im Gegenteil.

Wenn sie sich allerdings von dem einmal eingeschlagenen Weg der praktisch wirksamen Arbeiter-Solidarität nicht abbringen lassen, schaffen sie die wirkliche gewerkschaftliche Einheit der Arbeiter, nicht nur national, sondern auch international. Diese Einheit, die nur das Klasseninteresse ungeachtet aller politischen Differenzen zum Inhalt hat, ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Abwehr der Unternehmerangriffe. ■

22. 4. 1985 ■

Was geht uns der »8. Mai« an?

Seit dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945 erleben wir in kleineren oder größeren Abständen in der BRD denselben Jammer um die »Bewältigung« der Vergangenheit. Sie verfolgt die offizielle Gesellschaft in der BRD, Parteien, Regierungen, Gewerkschaften, weil sie nicht bewältigt wurde. Jedes Jahr kommt am 1. Mai die kampfbare Übergabe und Kapitulation des ADGB 1933 vor den Nazis wieder hoch. 1983 waren es die »50 Jahre« seit der Machtübernahme der Nazis, die peinliche Fragen vor allem der jungen Generation an die Politiker unbeantwortet ließen: Warum denn die demokratischen Parteien und ihre führenden Männer 1933 scharenweise zu Hitler überliefen? Jetzt ist es der Jahrestag des 8. Mai 1945, des Kriegsendes und der Kapitulation, der Regierungen, Parteien und auch Gewerkschaften Schwierigkeiten bereitet, an diesem Tag ihre geschichtliche Entstehung und Entwicklung erklären zu müssen, und Uneinigkeit und Kontroversen darüber hervorruft.

Der US-amerikanische Botschafter Burns meinte anlässlich seines Abschieds aus Bonn, Bundeskanzler Kohl »muß dafür beglückwünscht werden, daß er wieder vom Vaterland spricht« (»Welt«, 18. 3. 85). Denn schließlich muß denen, die bei der Bundeswehr Dienst tun, ja irgendwie erklärt werden, wozu das alles gut sei. Dennoch muß die »Welt« (3. 4. 85) feststellen: »Viele oder gar die meisten Wehrpflichtigen sind von der Notwendigkeit des Soldatendienstes nur sehr schwer zu überzeugen, sie können oder wollen den Sinn der Sache nicht einsehen«. Da tragen die vaterländischen Reden Kohls mehr zu satirischen Reaktionen bei der Jugend bei: Die Arbeitslosigkeit läßt wohl die Zahl der Bundeswehrsoldaten steigen, aber kaum die Begeisterung, für das imaginäre Vaterland auch zu sterben.

Nicht nur in der BRD macht man sich Sorgen. In Großbritannien wird mit dem 8. Mai die Erinnerung wachgerufen, daß England seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges endgültig seine führende Rolle in der Weltpolitik an die USA abtreten mußte. Vor allem in konservativen Kreisen besteht daher »angesichts der heutigen europäischen Konstellation... kein Anlaß, die damalige Kriegssallianz besonders hervorzuheben«, schreibt der Korrespondent der »Welt« aus London (28. 1. 85).

So hatten die Konservativen Englands sich das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges auch nicht gewünscht. Sie hatten gehofft, daß Deutschland und Rußland sich zerfleischen würden und sie als strahlende Sieger übrig bleiben würden. Der Dekan von Westminster, Carpenter, sagt auch, wo der Schuh drückt: »Sie (die Russen, d. Red.) brachten ein größeres Opfer als sonst jemand« (»Welt«, 28. 1. 85).

Das ist auch der Punkt, der es dem USA-Präsidenten, dem Schutzheiligen der BRD, so schwer macht, am 8. Mai in der BRD zu sprechen und dabei zu verschweigen, daß doch die Russen den entscheidenden Anteil am Sieg über die Nazis hatten. Soll er vielleicht in Dachau erklären, daß die von der SU und den USA vereinbarte Ordnung ja gar nicht die »Befreiung« war, daß die deutsche Frage »offen« ist und »Schlesien unser«? Soll er die Propaganda der Hupka und Dregger unterstützen, daß die SU aus Europa verschwinden müsse, damit Schlesien »unser« sei oder wie es in einem Leserbrief in der »Welt« heißt: »Der weiterbestehende deutsche Staat umfaßt daher trotz der Verträge von Warschau und Moskau auch heute noch die deutschen Ostgebiete...« (18. 3. 85).

Die USA weiß nicht, wie sie den revanchistischen Gefühlen gerecht werden soll, ohne gleichzeitig diejenigen abzustößen, die davon nichts wissen wollen. Da werden die absurdesten Ausflüchte aus dem Dilemma seines Reiseprogramms gesucht: »Die Schwierigkeiten sind entstanden, weil Michael Deaver, der Planungschef solcher Reisen, der auch die Auftritte Ronald Reagans... arrangierte, erkrankt ist. Außerdem ist der unmittelbare Vorgesetzte Deavers, der Stabschef des Weißen Hauses James Baker, seit einigen Wochen in erster Linie mit

seinem bevorstehenden Umzug in die Treasury (Finanzamt, d. Red.) befaßt«. — So einfach ist die »Weltgeschichte«!

Mittlerweile ist Deaver ja wieder gesund und suchte als »Ersatz« für den ausgefallenen Besuchsort Dachau den deutschen Soldatenfriedhof bei Bitburg aus, über den die »International Herald Tribune« bemerkt, dort seien »viele Nazi-Soldaten begraben worden« (13./14. 4. 85). Die vielen SS-Abzeichen auf den Gräbern hätten die Amerikaner laut »FAZ« vom 17. 4. 85 bei der Besichtigung »nicht erkennen können, weil zu der Zeit Schnee gelegen habe.«

Die unterschiedlichen Motive der Anti-Hitler-Koalition

Jede Erwähnung des 8. Mai muß die Einheit der Allianz gegen Hitlerdeutschland erwähnen und gleichzeitig erkennen, daß diese Einheit nicht nur nicht mehr existiert, sondern der weltpolitische Gegensatz zwischen dem kapitalistischen Lager unter Führung der USA und dem sozialistischen, geführt von der SU, heute in verschärftem Maße die weltpolitischen Beziehungen beherrscht. Das ganze Theater um das Reagan-Besuchsprogramm, die Reden Reagans darüber, daß man nicht mehr an den Krieg, sondern an das durch ihn geschaffene »freiheitliche« Bündnis denken solle, daß Jalta in Europa nichts Endgültiges festgelegt habe usw., ergeben nur den einen Sinn: Die Nachkriegsperiode ist vorbei, abgeschlossen, eine neue Konfrontation steht bevor.

Die Einheit im Zweiten Weltkrieg zwischen den beiden Lagern richtete sich zwar gegen denselben deutschen Kriegsgegner, hatte aber ganz verschiedene Motive. Die westlichen kapitalistischen Länder mußten die Konkurrenz des deutschen Kapitalismus, der nach größerem Einfluß auf dem vor allem von den Engländern und Franzosen beherrschten Weltmarkt hungerte, abwehren. Die SU mußte die nach der Oktoberrevolution unter großen Opfern geschaffene sozialistische Grundlage gegen den Ansturm der stärksten kapitalistischen Macht Europas, den deutschen Imperialismus, verteidigen. Die Regierungen der westlichen kapitalistischen Länder — und die herrschenden Klassen Europas — vor allem Englands und Frankreichs sympathisierten lange aus eigenem Klasseninteresse mit dem Nationalsozialismus, soweit er 1933 mit aktiver Unterstützung der deutschen Unternehmer die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung unterdrückte, »Tod dem Marxismus« und »Volksgemeinschaft statt Klassenkampf« verkündete. Wir erinnern an die Olympiade 1936 — als die Berliner Arbeiter auf ein Zeichen der Solidarität mit ihnen aus dem Ausland warteten, defilierten alle Sportdelegationen mit dem deutschen Gruß an Hitler vorbei, — nur die Schweden machten nicht mit (Die SU nahm nicht teil, weil ihre Sportorganisationen der internationalen Arbeitersportbewegung angehörten).

Die Vorstellungen vieler führender Nazis und Militärs gegen Ende des Krieges, daß es möglich sein würde, den Krieg gegen die SU gemeinsam mit den westlichen Kriegsgegnern von gestern weiterführen zu können, konnten keine Verwirklichung finden. Die Hoffnung der deutschen Führung, mit den Engländern und Amerikanern gemeinsam den Krieg gegen die SU fortsetzen zu können, war nicht aus der Luft gegriffen. Churchill war besorgt über den Vormarsch der Roten Armee nach Polen und dem Balkan, die ja vor dem Krieg englisches Einflußgebiet waren. Die militärische Führung des deutschen Reiches verringerte deswegen ihre militärischen Kräfte an den Fronten, wo sie den Engländern und Amerikanern gegenüberstanden. Der deutsche General Warlimont, der sich in Hitlers Hauptquartier befand, schrieb später: »An erster Stelle stand (bei Hitler) die Erwartung des Zerfalls der gegnerischen Koalition...« (Zitat nach A. Smith, einem amerikanischen Historiker).

Der Krieg wurde auch bis zum Ende an der Ostfront unvergleichlich viel härter geführt als an der Westfront. Deutsche Armeeführer haben später offen eingestanden, sie hätten die Hoffnung gehabt, daß die anglo-amerikanischen Truppen schneller vorankommen würden und sie hätten auch nicht die Absicht gehabt, sie aufzuhalten. Englands Oberbe-

felhshaber Montgomery, erklärte im April (!!) 1945: »Vorstoß bis zur Ostsee und dann die Front nach Osten aufbauen«. Und Dönitz meinte nach dem Tode Hitlers: »Meine erste Aufgabe ist es, deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den vordringenden bolschewistischen Feind zu retten«. — Er sah es als seine Aufgabe an und handelte dementsprechend, große Truppenmassen von der Ostfront in die britische Zone (Schleswig-Holstein) zu schaffen und dort internieren zu lassen. Das erklärt auch die zahlreichen Todesurteile an Deserteuren und rebellierenden Soldaten der deutschen Armee nach der Kapitulation vor den englischen Stäben (Der Marinerichter und spätere Ministerpräsident von Baden-Württemberg Filbinger hat dabei nichts besonderes empfunden). Die militärische Disziplin sollte unter allen Umständen aufrecht erhalten werden, um die Armee einsatzbereit zu halten gegen die Russen.

Daß Churchill seine Absicht einer militärischen Front gegen die SU mit Hilfe der Dönitz-Armee nicht verwirklichen konnte, lag daran, daß weder die USA noch die SU interessiert waren, die Einflußgebiete Englands in einer Nachkriegsordnung zu konservieren. Die Russen wußten, daß die deutschen Truppen sich bemühten, in die von den Engländern und Amerikanern besetzten Gebiete zu kommen und forderten — vergeblich —, die Verbündeten sollten das verhindern.

Die Hauptlasten des Krieges und an der Niederwerfung Hitlerdeutschlands — das ist unbestritten — hatte die SU zu tragen. Sie hatte die größten Verluste an Menschenleben, die größten Zerstörungen ihrer wirtschaftlichen Grundlagen, die meisten Kriegsverletzten und Kriegswaisen zu verzeichnen. Die geringsten Verluste an Menschen und den größten wirtschaftlichen Nutzen hatte die USA. Sie verdiente an der Rüstung für die kriegsführenden verbündeten Länder, die auf Hochtouren lief in den USA. Die Bevölkerung in den USA hatte den Krieg im eigenen Land nicht zu spüren bekommen, und die US-Armee stieß in Deutschland kaum auf Widerstand. Reagan meinte kürzlich, daß sich in Deutschland nur noch wenige an den Krieg erinnern würden. Er irrt sich. Die Hunderttausende, die jüngst in Dresden anlässlich der Wiedereröffnung der zerstörten Semper-Oper demonstrierten, sind keine Einzelercheinung und sind nicht von der Partei dorthin befohlen worden.

Der 2. Weltkrieg endete mit einem Kompromiß der Alliierten, der Teilung Deutschlands in 4 Besatzungszonen. Die Einheit Deutschlands unter der gemeinsamen Oberaufsicht der 4 Besatzungsmächte mit Sitz in Berlin wurde in Potsdam zwar beschlossen, konnte aber nicht realisiert werden, weil die Einheit der Siegermächte nach der Niederlage des Deutschen Reiches zerbrach. Nach der Niederlage traten die alten Klassengegensätze zwischen den Siegern wieder in den Vordergrund. Aus den drei westlichen Besatzungszonen wurde die BRD unter entscheidender Führung der USA, und die russische Besatzungszone wurde als Antwort darauf zur DDR. In den westlichen Besatzungszonen wurde der Kapitalismus restauriert, in der russischen die Grundlage für eine neue gesellschaftliche Ordnung, die eine kapitalistische Restauration unmöglich machte, gelegt.

Bei allen Siegermächten war die Politik in ihren deutschen Teilgebieten von politischen Zielsetzungen unter ihrer militärischen Aufsicht begleitet, wie »Demokratie«, Säuberung von Nazis, keine deutsche Armee mehr usw. Die ehemaligen Verbündeten schoben sich gegenseitig die Schuld dafür zu, daß die Potsdamer Beschlüsse nicht eingehalten worden seien. Jede Seite legte die Beschlüsse auf ihre Weise aus. Trotz der scheinbar gleichen Zielsetzung gegenüber dem deutschen Volk erwies sich der Klassengegensatz und Klassenunterschied (der in der Propaganda verschwiegen wurde) als stärker denn alle propagandistisch-politischen Erklärungen.

Befreiung oder Niederlage?

Die unterschiedliche Antwort auf die Frage zeigt, daß dieselben Tatsachen sich unterschiedlich widerspiegeln können. Überall da, wo die Rote Armee das Land von den deutschen Truppen säuberte, empfanden all jene den Sieg der Roten Armee als Befreiung, die in irgendeiner Form gegen die Besatzungsherrschaft aktiv gekämpft oder unter ihr gelitten hatten.

Das galt z.B. für die jugoslawischen Partisanen unter Tito, deren eigener revolutionärer Krieg nur erfolgreich sein konnte

aufgrund des Vormarsches der Roten Armee an den übrigen Fronten. Nicht aber bei denen, die mit den deutschen Besatzern zusammengearbeitet hatten: den kroatischen Faschisten und Kollaborateuren. Das war so in der CSR, die 1938 in München von der englischen und französischen Regierung an die Nazis ausgeliefert worden war. Das war so in Rumänien, Bulgarien, Ungarn. In Rumänien und Ungarn hatte die herrschende Klasse mit eigenen Divisionen gegen die SU an der Seite der deutschen Armee gekämpft. Der Versuch eines Teils der ungarischen herrschenden Klasse, des Horthy-Flügels, auszusteigen, als die Russen sich Ungarn näherten, scheiterte an dem Widerstand der Pfeilkreuzler, der ungarischen Version der Hakenkreuzler, SA und SS. Die wußten, daß sie von einem Sieg der Roten Armee nichts Gutes zu erwarten hatten. Zwar tauchte der größte Teil von ihnen zunächst nach der Vertreibung der deutschen Armee in der Anonymität unter oder bot den neuen Machthabern seine Mitarbeit an, um seine Vergangenheit zu verdecken. Aber viele von ihnen warteten dennoch auf die Gelegenheit, politisch wieder eingreifen zu können. Ihre Hoffnungen glaubten sie 1956 verwirklichen zu können, als ungarische Armeeführer, die sich nach Kriegsende zur Zusammenarbeit mit den Russen bereit erklärt hatten, gegen die neuen politischen und gesellschaftlichen Grundlagen den Kampf aufnahmen. Sie riefen nach der Hilfe der Amerikaner und ihrer westlichen Verbündeten. Hätten die Westmächte diesem Hilferuf Folge geleistet, hätte dies zum 3. Weltkrieg geführt.¹

Ähnlich liegen die Verhältnisse in den anderen Ländern Europas, aus denen die Rote Armee die deutsche Armee vertrieb. Es ist bekannt, daß viele der entscheidenden Stützen der Nazis aus den von den Russen befreiten Ländern in Nord- und Südamerika und Franco-Spanien Asyl fanden — oft mit Hilfe der amerikanischen Geheimdienste und von Kreisen der Kirchen.

Churchill, der die Fortsetzung des Krieges mit den Resten der deutschen Armee, die sich nach Schleswig-Holstein zurückgezogen hatte, wünschte, scheiterte auch an der Tatsache, daß es unmöglich war, die Bevölkerung und die Soldaten der britischen Armee, die beim Einsatz an der 2. Front und in Afrika erhebliche Verluste erlitten hatten und in der Roten Armee wirkliche Verbündete sahen, für eine kriegerische Konfrontation mit der Roten Armee zu gewinnen.

Schon die Rettung der britischen Armee aus Frankreich nach der Kapitulation Frankreichs und Belgiens vor den Deutschen 1940 war nur möglich gewesen durch den Einsatz der britischen Bevölkerung, die auf Tausenden kleinen und größeren Schiffen ihre Expeditionsarmee auf die Inseln zurückholte. Die britischen Soldaten, die im Krieg gegen die Rommel-Armee ihre Hartnäckigkeit gezeigt hatten, und die britische Bevölkerung, die auch auf die Bildung der zweiten Front am Atlantik drängte, um der SU zu Hilfe zu kommen, beantworteten die militärischen Pläne Churchills mit seinem Regierungssturz trotz seiner militärischen Siegerlorbeeren im Krieg und der Wahl einer Labour-Regierung nach Kriegsende. Jetzt zerbricht zum Leidwesen auch mancher britischer Konservativer die nationale Einheit, die im Falkland-Krieg noch einmal aufgefrischt werden sollte — ohne größeren Erfolg. (Unter den streikenden britischen Bergarbeitern gab es noch einige, die als Soldaten den 2. Weltkrieg aktiv miterlebt hatten).

Auch die große Mehrheit der Bevölkerung in den von den Briten und Amerikanern befreiten Ländern wie Norwegen, Dänemark, Belgien, Holland sahen sehr wohl, daß die SU die weltpolitische und militärische Kraft war, der sie in erster Linie die Befreiung von der deutschen Besatzung zu verdanken hatten.

Und in Deutschland?

Im Unterschied zur BRD sind die gesellschaftlichen Grundlagen, aus denen sich das nationalsozialistische Regime entwickeln konnte, in der DDR beseitigt, wenn auch nicht durch einen revolutionären Akt der deutschen Arbeiterklasse, sondern durch die Rote Armee. Die Klassen, die dort

¹ Die ungarischen Pfeilkreuzler, die übrigens an der Vertreibung und Vernichtung der ungarischen Juden am aktivsten beteiligt waren, bildeten einen großen Teil der ungarischen Emigranten, die nach der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes 1956 in die USA kamen.

Verordnete Entnazifizierung

aus einem Erfahrungsbericht von Udo Meinecke

... Auf Anordnung der Militärregierung wurden im Frühjahr 1945 in der Westzone überall Entnazifizierungsausschüsse gebildet — mit nur beratender Befugnis —, d. h. die wirkliche Entscheidung lag bei der Militärregierung. Diese Ausschüsse sahen sich der Tatsache gegenüber, daß die Ämter und entscheidenden Stellen der Wirtschaft noch mit Nazis überfüllt waren, dazu gehörten auch die in den öffentlichen Diensten noch schwer belasteten Richter und Staatsanwälte aus den berüchtigten Sondergerichten.

Mittels einer Fragebogenaktion für den größten Teil der Bevölkerung versuchten die Entnazifizierungsausschüsse den Bestandteil der ehemaligen Anhänger des Nationalsozialismus festzustellen. Zwischen der großen Masse der Mittläufer und ihren Verführern, den aktiven Nazis, und Kriegsverbrechern wurde zunächst nicht differenziert. Sie wurden unterschiedslos als Verdächtige bzw. Belastete betrachtet, bis sie in einem Verfahren ihre Unschuld nachgewiesen hatten — und die Zeit bis dahin war oft sehr lang. Die Mittläufer in ihrer Mehrzahl waren einfache Werktätige. Sie wurden durch die Verfahren viel stärker betroffen, als die wirklich aktiven Nazis und Kriegsverbrecher, denen sich viele Möglichkeiten des Untertauchens und Verschwindens boten.

Rund 70 000 aktive Nazifunktionäre und Kriegsverbrecher waren in Internierungslagern untergebracht worden, wo zunächst gar nichts mit ihnen geschah. Waren sie bis September 1946 ohne Verfahren geblieben, so wurde der größte Teil von ihnen im Schnellverfahren entlassen. Mit ihrer Entlassung war der Weg in die wirtschaftlichen und staatlichen Stellen für sie frei. Die Auswirkungen dieser Verfahren wirkten sich bald katastrophal aus. Sie nahmen immer mehr den Charakter einer großen Reinwaschung an. Was mußte die große Masse denken, wenn die großen Nazis wie Hugenberg, Frohwein, der Bankier Abs und die vielen Wehrwirtschaftsführer mit dem blauen Auge davorkamen? Bei den kleinen Leuten stieß dies auf eine große Erbitterung.

Ende 1949/50 war der größte Teil der sogenannten »Entbräunung« abgeschlossen. Das im Mai 1951 in Kraft getretene 131-er Gesetz war die größte Fehlleistung im demokratischen Sinne, an der die BRD seit ihrem Bestehen leidet und noch lange leiden wird. Die alten Wirtschaftsgrößen kamen wieder auf ihre alten Arbeitsplätze, etwa 150 000 Beamten-Parteigenossen erhielten ihre vollen Bezüge zurück bzw. konnten wieder in den öffentlichen Dienst eintreten. Der damalige Bundeskanzler erklärte gegenüber den Angriffen

der Opposition: Ohne die »altbewährten« Fachmänner wäre der Staatsapparat nicht wieder aufzubauen. Selbst er ging in der Personalpolitik mit bestem Beispiel voran. Zu seinen außerpolitischen Beratern ernannte er die schwer belasteten Parteigenossen Greve und Blankenhorn, zu seinem persönlichen Staatssekretär für das Innere Hans Maria Globke, ehemals Kommentator der berüchtigten Nürnberger Rassegesetze und als solcher intellektuell Mitarbeiter für die Verfolgung und Ermordung von Millionen jüdischer Mitbürger verantwortlich. Trotz aller Angriffe blieb Herr Globke bis zu seiner Pensionierung im Amt. Nach der Bundestagswahl 1953 scheute sich Herr Adenauer nicht, ehemalige Mitglieder der NSDAP als Minister in sein Amt aufzunehmen. Der krassste Fall die Ernennung von Th. Oberländer zum Bundesminister für Vertriebene, ehemals Ostexperte für die Ausrottung ganzer Völker und Führer von Sondereinheiten während des 2. Weltkrieges.

Zur praktischen Seite der Entnazifizierungsausschüsse

Ihre Tätigkeit sollte gemäß der Militärregierung laut dem Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus beginnen. Aber die Wirklichkeit! Keine Vorbereitung der für diese Aufgabe eingestellten Leute. Einzige Voraussetzung für diese Aufgabe: Während der Nazizeit keine aktive Tätigkeit für den braunen Verein. Darunter konnte man allerlei verstehen. Dementsprechend war auch die Zusammensetzung der Spruchkammer, die politische Belastung oder Entlastung entschieden. Wirklich aktive Antifaschisten waren nur wenige vorhanden.

Alle Belasteten, die wirklich große NS-Verbrecher gewesen waren, hatten die Alliierten für sich behalten. Die anderen kleinen Nazis, meist auch gut wirtschaftlich situiert, ließen sich vor den Spruchkammern durch einen Rechtsanwalt vertreten, der sich als Jurist mit dem Gesetz, seinen Schwächen und Lücken viel besser vertraut machen konnte als die Richter der Spruchkammer, die Laien waren. Der als Ankläger fungierende Kläger (verglichen etwa mit dem Staatsanwalt) war ebenfalls ein Gesetzeslaie.

Die als Ermittler arbeitenden Angestellten, die das Belastungsmaterial zusammenbringen mußten, hatten überhaupt keine Schulung. Unter diesen Umständen war es kein Wunder, daß viele Spruchkammerentscheidungen bei der großen Masse kein Verständnis fanden. Besonders bei denen, die als klassenbewußte Arbeiter die NS-Zeit überlebt hatten, herrschte eine große Erbitterung. So konnte man öfters aus dem Volksmund hören: Das ist ja keine Entnazifizierung, das ist eine Renazifizierung. Da mich die ganze Angelegenheit anwiderte, schied ich aus. ■

eine kapitalistische Restauration ermöglichen könnten, sind in der DDR entmachtet, vertrieben oder geflohen, in die BRD oder ins westliche Ausland.

(Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht darauf eingehen, daß auf Grund mangelnder Klassendifferenzierung Massen von einfachen Bauern und Arbeitern mit ihnen gingen oder, wie in den ehemaligen, zum Deutschen Reich gehörenden Gebieten, mit ihnen vertrieben wurden. Aber es soll insoweit darauf hingewiesen werden, als heute, 40 Jahre danach, auch in den sozialistischen Staaten über diese Fragen anders gedacht wird als 1945 und danach. Eine differenziertere Behandlung der Fragen vom Klassenstandpunkt aus hätte manche der Schwierigkeiten (wirtschaftlicher wie politischer Natur) beim Wiederaufbau leichter überwinden lassen, wenn es gelungen wäre, die proletarischen Teile der deutschen Bevölkerung, statt sie zu vertreiben, für den Aufbau einer sozialistischen Ordnung zu gewinnen.)

In Deutschland wurden die Russen von den politischen Gefangenen und den Widerstandskämpfern — trotz aller abschreckenden Ereignisse bei der Besetzung — als Befreier angesehen. Aber wie stand es mit der übrigen Bevölkerung? Sie empfanden die Rote Armee als Besatzungsmacht, auch wenn sie alle froh waren, daß der Krieg vorbei war. Aber die Folgen der Besetzung wurden von der Bevölkerung unterschiedlich aufgenommen.

Die russischen Truppen, die schließlich Berlin eroberten, kamen zum größten Teil aus Gebieten jenseits des Urals. Sie hatten auf dem Marsch bis nach Berlin die unerhörten Verwüstungen und Menschenopfer gesehen, die die deutsche Armee hinterlassen hatte. Die Deutschen waren für sie der Inbegriff des Verbrechens gegen ihr Land. Selbst wenn die russischen Soldaten alle die politischen Kenntnisse gehabt hätten, um deutsche Antifaschisten und Nichtnazis von Nazis zu unterscheiden, so stelle man sich vor, welcher Apparat notwendig gewesen wäre, um das in den Wirren des Krieges korrekt herauszufinden.

Die russische Führung unter Stalin konnte die Massen nicht mobilisieren unter der Losung des Kampfes für den Sozialismus — was blieb ihr anderes übrig, als die Massen zum »Vaterländischen Krieg« zusammenzuschweißen? Nur ein geringer Bruchteil der russischen Bevölkerung hatte sozialistische Gedanken, zumal der wirtschaftliche sozialistische Aufbau in der SU von ihnen übermenschliche Opfer forderte.

Das Auftreten der russischen Soldaten in den von der Roten Armee besetzten Teilen Deutschlands war die Folge eines Krieges gegen die SU, der letzten Endes möglich geworden war durch die furchtbare kampflöse Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften 1933. Sie machte den Weg frei für die Kriegsvorbereitungen.

Aus dem Bericht einer Widerstandskämpferin

»Am 4. Mai '45 erschien bei mir der jüdische Genosse Walter B. Er hatte seit Herbst 43 illegal gelebt, zuletzt mit guten Papieren in der 1-Zimmerwohnung einer evakuierten Freundin von uns kampiert. Dort in Alt-Charlottenburg hatte er die heftigsten Kämpfe miterlebt, war fast erschossen worden, als er die Frauen im Hause schützen wollte und hatte sich daran gemacht, die Wohnung der Genossin zu reinigen, nachdem die Kampfgruppe raus war. Er hatte auch schon versucht, nach Neukölln vorzudringen, als die Straßen, noch voller Leichen lagen. Er versuchte, an der Straßensperre den Russen begreiflich zu machen, daß er Jude und Kommunist sei. Das glaubte ihm niemand. Einmal wurde er gefragt, wann Thälmann gestorben sei. Da er das nicht wußte, glaubte man ihm nicht. Heute versteht er die Situation. Damals kam er völlig verstört bei mir an... Es ist klar, daß das Zertreten einer deutschen Leninausgabe durch irgendwelche Soldaten aus Sibirien nach 12 Jahren Illegalität auf empfindliche Gemüter unter uns deprimierend wirkte...«

Bombenkrieg und Widerstand

»... Es wäre auch über die Kriegsjahre noch sehr viel zu sagen. Ich selbst war von Jan. 42 bis Juli 43 nach Oberschlesien dienstversetzt. Während dieser Zeit fuhr ich etwa alle 6 Wochen einmal nach Hause. Auf jeder dieser Fahrten sprachen die Leute im Zug, militär wie zivil, zunehmend kritischer und offener über die Zustände im Osten und die allgemeine Lage, besonders ab Stalingrad. Im letzten Kriegsjahr, besonders ab Herbst 44, war unser kleiner Freundeskreis sich darin einig, daß die Zeit für Flugschriften und Aufrufe wohl da sei, daß sie wohl nicht mehr würden liegen gelassen werden. Aber in diesem letzten Jahr machte der Bombenkrieg alle unsere Versuche zunichte. Im letzten Kriegsvierteljahr bestanden einige Verbindungen zu anderen Grüppchen, die technische Mittel an der Hand hatten. Aber es kam **nichts** heraus. Entweder klappten durch Alarm die Verabredungen nicht, oder die Druckerei verbombte, oder der, welcher eine Arbeit übernommen hatte, verbombte. Ich persönlich finde, daß längst nicht genug betont wird, wie wunderbar der Bombenkrieg geeignet war, mit den Nazis zugleich die revolutionären Ansätze klein zu kriegen.«

(Berlin, 22. 4. 46)

Es zeugt von der Bitterkeit, mit der der Kampf ums Überleben von den russischen Soldaten geführt wurde, daß russische Offiziere erst dadurch die Ordnung in der von ihnen besetzten Zone wiederherstellten, daß sie eigene plündernde Soldaten erschossen.

Im Gegensatz zu den **befreiten** Ländern Europas, in denen die Abrechnung mit den »Quislingen« und Kollaborateuren erfolgte, unterblieb in den deutschen Gebieten die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit den Unternehmern, die die Nazis finanziert hatten und mit den Nazis selbst. Sie wurde ersetzt durch administrative Verordnungen und Maßnahmen durch die Besatzungsbehörden. So kam es zur Entnazifizierung nicht durch Auseinandersetzung in der und durch die Bevölkerung, sondern durch Entscheid

von Kommissionen, die meistens sogar auch juristisch inkompetent waren. Die Besatzungsbehörden in den westlichen Zonen konnten sich logischerweise am ehesten auf die alte Nazibürokratie stützen, die zum Teil schon in Weimar »zuverlässig« gedient hatten. Die ganze Bande von Nazibeamten, Staatsanwälten, Nazirichtern wurde fast nahtlos übernommen. Nur einige Spitzen wurden als Kriegsverbrecher von ausländischen Gerichten als Vorweis und Alibi für die Bevölkerung in den anderen Ländern verurteilt.

Die »bedingungslose Kapitulation«

Warum gab es nur vergleichsweise geringen Widerstand gegen die Nazi Herrschaft während des Krieges in Deutschland? Die Kriegsgegner des deutschen Imperialismus stellten die Forderung auf: Bedingungslose Kapitulation. Diese Forderung an die deutsche Bevölkerung durch die Alliierten haben den Krieg und die Verwüstungen verlängert. Sie war ein Geschenk für die Göbbelspropaganda. Die Zerstörung Dresdens kurz vor Kriegsende und anderer Bevölkerungszentren diente nicht in erster Linie der Lähmung der Kriegsmaschinerie der Deutschen, sondern der Einschüchterung der Bevölkerung. Die Engländer und Amerikaner, die diese Forderung zuerst aufstellten, wußten, daß das deutsche Bürgertum nicht mehr fähig war, nach der Niederlage noch einmal wie nach dem ersten Weltkrieg die kapitalistische Ordnung aus eigener Kraft zu retten. Es war selbst zu sehr mit den Nazis verbunden gewesen, ihre politischen Parteien und die meisten Führungen hatten sich 1933 »gleichgeschaltet« und waren zu den Nazis übergelaufen. Anders als am Ende des 1. Weltkrieges gab es keine Gewerkschaften und keine SPD, die als »Retter« der Nation gegen die soziale Revolution hätte eingesetzt werden können. Sie mußten erst wieder unter alliierten Militärkommandanten und Besatzungsbehörden etabliert werden, um teilnehmen zu dürfen an der Restauration des Kapitalismus und dem Wiederaufstieg der deutschen Unternehmer als kleinere Partner der USA.

Die deutschen Gewerkschaften bekommen jetzt von den mit ihrer tatkräftigen Hilfe wiedererstarkten Unternehmern den »Dank«. Da sie nicht mehr gebraucht werden, dürfen sie betteln: Leber, Rappe, und ihresgleichen gelten bei den Unternehmern als »Arbeiterführer vom alten Schrot und Korn«. (=Welt, 3. 4. 85)

Wenn Breit und andere Gewerkschaftsführer am 8. Mai von »Befreiung« reden werden, dann muß ihnen entgegengehalten werden, was Marx und Engels dem Proletariat vor 150 Jahren zuriefen: »Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.« Diese wirkliche Befreiung steht als Aufgabe noch vor uns, jedoch stehen wir nicht allein. Wir müssen die Amerikaner loswerden, um auch die kapitalistische Anarchie und die Kriegsgefahr loswerden zu können und alle Hoffnungen zunichte zu machen, die darauf warten, Rache an den sozialistischen Staaten für den verlorenen Krieg und die verlorenen Ausbeutungsgebiete nehmen zu können. Sie ist nur mit den Proletariern der anderen Länder Westeuropas zu verwirklichen (z. B. den britischen Bergarbeitern).

40 Jahre nach Kriegsende stehen wir wieder vor der Frage: Noch einmal eine Periode der kapitalistischen Barbarei durchlaufen zu müssen oder sie rechtzeitig zu verhindern durch den gemeinsamen Kampf mit ihnen für eine sozialistische Ordnung, die von uns geschaffen und gestaltet wird.

Es muß hingegen Wunschenken bleiben, wenn die Vergangenheit mit den Beschlüssen von Potsdam und Jalta, mit der Gemeinsamkeit von USA und SU heraufbeschworen wird. Man kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, weil die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse von damals nicht wiederherstellbar sind — es sei denn, amerikanisches Kapital könne erneut an einem kapitalistischen Wiederaufbau eines durch einen Krieg zerstörten Europas Profit machen. Das ist ja auch die Antriebskraft für den US-Kapitalismus, mit militärischen Mitteln zu lösen, was mit anderen kapitalistischen Mitteln nicht mehr lösbar ist.

Wenn die vom Imperialismus ausgehende Kriegsgefahr beseitigt ist, die USA aus Europa verschwunden sind, dann werden sich alle politischen Fragen mit der SU und ihrem Sicherheitsbedürfnis leicht lösen lassen. Denn im Sicherheitsbedürfnis liegt der wirkliche Grund, daß die Rote Armee noch an der Elbe steht.

17. 4. 85 ■

August Thalheimer (1945): Die Potsdamer Beschlüsse Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte DM 1,50

August Thalheimer (1946 – 1948): Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion DM 2,00

GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER
ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15



Dänemark

Staatliches Tarifiediktat und die Antwort der Arbeiter

Die Schärfe des Arbeitskampfes in Dänemark hat gezeigt, daß die Arbeiter und Angestellten in Dänemark nicht bereit sind, die Folgen der Krise (Arbeitslosigkeit von 12% bei 5 114 000 Einwohnern und 2 096 000 abhängig Beschäftigten) und ihre Abwälzung auf die Schultern der Lohn- und Gehaltsempfänger widerstandslos hinzunehmen. Der Versuch der Regierung, durch eine Zwangsschlichtung per Gesetz die Welle von Streiks und Aussperrungen (ca. 300 000 Arbeiter waren betroffen) zu beenden, haben den lange schwelenden Unmut zum Überlaufen gebracht.

Anläßlich der Rahmentarifverhandlungen zwischen den Dachverbänden, der LO (Landesorganisation, vergleichbar mit dem DGB) und dem Unternehmerverband, die alle 2 Jahre stattfinden, hatten die Gewerkschaften Ende 1984 eine Lohnerhöhung von 5% und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden wöchentlich mit vollem Lohnausgleich gefordert. Der Arbeitgeberverband forderte dagegen größere Flexibilität der Arbeitszeitbedingungen und 3jährige Laufzeit der Tarife. Der vom Gesetz vorgesehene Schlichter zwischen den Tarifparteien (kein Recht zur Zwangsschlichtung) hatte einen Kompromiß von 3% Lohnerhöhung und einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 38,5 Stunden in der Woche vorgeschlagen. Die konservative Koalitions-Regierung griff — in Übereinstimmung mit dem Unternehmerverband — in diesen Konflikt ein, indem sie im Parlament ein Gesetz einbrachte und mit Hilfe der oppositionellen liberalen Radikale Venstre verabschieden ließ (85 gegen 80 Stimmen), das noch weit unter dem Schlichtervorschlag lag: 1985 Lohnerhöhung von 2%, 1986 1,5% und eine Arbeitszeitverkürzung ab 1986 um eine Stunde mit Lohnausgleich.

Die Regierung bemühte sich nicht, die Maske des »sozialen Ausgleichs« beizubehalten. Obwohl eine steigende Anzahl von Arbeitern und anderen Lohnabhängigen mit dieser »einseitigen«, als ungerecht empfundenen Sparpolitik unzufrieden ist (Rentner und jugendliche Arbeitslose können z.T. gar keine Opfer mehr bringen), rechnete die Regierung Poul Schlüters anscheinend damit, daß — nachdem in den Demonstrationen genug Dampf abgelassen wäre — nach Ostern die Streikwelle verebbt sei. Sie erklärte, daß in Zukunft wohl des öfteren die Regierung in die Auseinandersetzungen der Tarifpartner eingreifen werde. Sie stützte sich dabei auf die Tatsache, daß ihre Vorgänger mehrfach auf dieselbe Art durch Gesetz Tarifstreitigkeiten beendet hatten.

Schlüter während der Parlamentsdebatte: *»Ich bin wirklich für das freie Verhandlungsrecht und das Recht, sowohl zu streiken als auch Blockaden aufzustellen. Aber in einer Not-situation wie dieser kann das Parlament per Gesetz die Aktion stoppen. Das hat die sozialdemokratische Regierung zweimal gemacht. Aber es ist das erste Mal für eine bürgerliche Regierung.«*

Schon 1933, in einer wegen der Massenarbeitslosigkeit für die Arbeiterbewegung kritischen Lage, gab es auf derselben formalen Grundlage eine Zwangsschlichtung. Die Zwangsschlichtung 1956 durch die sozialdemokratische Regierung Hansen löste einen Generalstreik aus. Die Zwangsschlichtungen 1963 während der sozialdemokratisch-liberalen Koalitionsregierung Krag, 1975 und 1977 während der sozialdemokratischen Minderheitsregierungen Jörgensen und 1979 während der sozialdemokratisch-liberalen Minderheitsregierung Jörgensen erbrachten für die Arbeiter immerhin noch materielle Verbesserungen, diese Zwangsschlichtungen stellten damals noch mögliche Kompromisse dar, die inhaltlich in Verhandlungen der Dachverbände vorbereitet waren.

Bei den Tarifabkommen von 1975—1979 rührte sich nur wenig in der Arbeiterklasse, es wurde gemurrt; bei den Urabstimmungen über die Vorschläge zum Tarifabkommen stimmten wachsende Gruppen mit »Nein«, aber es geschah sonst nichts. Die fast traditionellen Demonstrationen vor dem Parlament sammelten höchstens 10—20 000, und bis auf wenige Streiks geschah nicht viel. Die dänischen Gewerkschafter hatten die sozialdemokratischen Zwangsschlichtungen noch hingenommen, aber Widersprüche zu diesem Regierungsparkurs in der Sozialdemokratischen Partei, zwischen den Führungen der sozialdemokratisch-dominierten Gewerkschaften und in der Arbeiterklasse waren — zwar nicht ausgetragen, aber doch — ausgesprochen worden¹.

Demonstrationen und Streiks 1985

Am 31. 3., dem Tag als das Gesetz zur Zwangsschlichtung im Folketing debattiert und beschlossen wurde, nahmen ca. 90 000 Demonstranten am Friedensmarsch nach Kopenhagen teil — die Gewerkschaftsfahnen an der Spitze (der Unterschied zur Arbeiterdemonstration gegen das Gesetzes-

¹ Ausführlicher über diese Widersprüche in Arpo 6/79, S. 30.

² dpa spricht von den »umfangreichsten Demonstrationen gegen eine dänische Regierung in den letzten 20 Jahren« (»FAZ«, 2. 4. 85, S. 6)

vorhaben am 29.3. mit ca. 130 000 Teilnehmern vor dem Parlament war optisch kaum wahrzunehmen). Am Montag, dem 1.4., als die Streiks illegal wurden, gingen die Proteste weiter².

Ihren Höhepunkt erreichten sie am 9.4.85 als 150 000 Arbeiter und Angestellte (unter letzteren fast der gesamte Öffentliche Dienst) die Arbeit niederlegten, um an der Demonstration gegen die Regierung teilzunehmen. In anderen Städten Dänemarks demonstrierten gleichzeitig weitere 100 000. Die Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen begannen um 5 Uhr früh, als Blockadewachen den Verkehr lahmlegten, bis Bereitschaftspolizei die Streikposten von den Gleisen vertrieb. Solche örtlich wechselnden Unterbrechungen ließen den Verkehr faktisch ruhen, zumal die meisten Zugführer sich weigerten, unter »Polizeischutz« zu arbeiten.

Aus BRD-Sicht ist es erst einmal verwunderlich, daß es zu solch ausgedehnten Streiks und Demonstrationen kommt. Die Zwangsschlichtung hat schließlich »sozialdemokratische Regierungstradition«; am Nachkriegs-Wohlstand haben die dänischen Lohnabhängigen ähnlich teilgehabt wie die bundesdeutschen; das dänische Arbeitsrecht und Arbeitskampfrecht ist z.T. rigider als das deutsche³, und schließlich hat sich der dänische Gewerkschaftsbund im arbeitsrechtlichen Abkommen mit dem Arbeitgeberverband auf eine weitgehende Friedenspflicht während der Tarifperiode eingelassen (auch wenn jetzt — verbal — mit der Aufkündigung gedroht wurde).

Wichtige Teile der dänischen Arbeiterklasse scheren sich aber recht wenig um die bürgerliche Legalität und vertreten kämpferisch ihre Klasseninteressen. Hier wirkt nach, daß die dänische Arbeiterbewegung nicht wie die deutsche 1933 zerschlagen wurde und sich, weil die offiziellen Gewerkschaften während der deutschen Besatzung nur bedingt für den Widerstand tauglich waren, in der Illegalität **andere** Organisationsformen der Belegschaften herausbildeten.⁴

Organisationsformen der Arbeiterklasse

Die LO hatte alle Gewerkschaften aufgefordert, ungesetzliche Aktivitäten nicht zuzulassen. Das ist in früheren Zeiten meistens auch befolgt worden. Jetzt aber war das anders. Da die Gewerkschaften Streik und Demonstrationen während der Arbeitszeit nicht unterstützen, übernahm ein »Ring von Vertrauensleuten« (tiilidsmandfolk) die organisatorische und politische Führung der Bewegung. Dieser »Ring« war eine mehr oder weniger lose Verbindung von betrieblichen Vertrauensleuten, vor allem in Kopenhagen, der in den letzten Jahren entstanden ist. Der Sprecher des »Rings«, Andersen, aus der Metallergewerkschaft Kopenhagens, ist Mitglied der dänischen kommunistischen Partei (DKP). Der Ring selbst setzt sich aus Mitgliedern der dänischen Sozialdemokratie, der SF (Sozialistische Volkspartei), VS (Linkssozialisten, der DKP und Parteilosen zusammen. Die Kommunisten sind von allen linken Parteien die einzige, die nicht im Parlament vertreten ist, sie haben bei der letzten Wahl ca. 1% der Stimmen erhalten. Sie haben in den letzten Jahren durch Austritte und Abspaltungen in der Öffentlichkeit kein gutes Bild abgegeben.

Aber mehrere 100 000 Demonstranten im Lande haben ihre Ablehnung der Zwangsgesetze gezeigt. Schlüters antikommunistische Propaganda hat bei den Arbeitern und Angestellten keine Wirkung gehabt.

Nach den Worten Andersens auf der großen Demonstration am 9.4. galt der Kampf nicht mehr nur dem Lohn, sondern es

³ Da Streiks nach der Annahme eines entsprechenden Gesetzes durch das Parlament »ungesetzlich« sind, kann jeder Streikende vom Arbeitsgericht mit einem Bußgeld von ca. 200 Kronen pro Tag belegt werden, das sich, wenn die Arbeit nicht unmittelbar aufgenommen wird, auf 4600—4800 Kronen pro Woche steigern kann. Die Gewerkschaften dürfen bei »ungesetzlichen« Streiks kein Streikgeld zahlen, wenn sie nicht schadensersatzpflichtig werden wollen.

⁴ »... Der erfolgreiche Widerstandskampf der Kommunisten während der deutschen Besatzung und ihre loyale Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Widerstandsgruppen hatten der DKP nach der Befreiung Dänemarks erhebliches Prestige verschafft, während das Ansehen der sozialdemokratischen Partei durch ihre ambivalente Politik während der Besatzungszeit gelitten hatte...« (Ursula Schmiederer: Die Sozialistische Volkspartei Dänemarks. Eine Partei der Neuen Linken. Frankfurt a.M. 1969. S. 15. Verlag Neue Kritik).



Schwedische Pressestimmen

Hier eine Schilderung des dänischen Korrespondenten der schwedischen Zeitung »Dagens Nyheter (liberal) vom 11. 4. 85:

„... Der Schloßplatz war bis zum letzten Stehplatz gefüllt... Der Protest gegen die Zwangsgesetze der bürgerlichen Regierung wurde zur größten aller Demonstrationen in Kopenhagen in den letzten Wochen. Weit mehr als 150 000 Menschen füllten die Straßen und den Platz um das Parlament Christiansborg. Rundum in den dänischen Gemeinden waren fast ebenso viele Menschen in wilden Streiks. Tagesheimpersonal, Lehrer, Krankenschwestern, Busfahrer, Reinigungsarbeiter und kommunale Angestellte legten im ganzen Land die Arbeit nieder.

Die meisten Techniker beim Radio gingen nach Hause. Die Demonstrationen füllten mehrere Städte. In Aarhus, Odense und Randers zogen 10 000e Menschen im Protest gegen die bürgerliche Regierung und forderten neue, freie Verhandlungen. Massive Polizeikräfte lagen in Bereitschaft um das Parlament, bereit, eine Wiederholung des Sturmversuches vom vorigen Montag zu stoppen.

Die meisten Zusammenstöße zwischen Polizei und Blockadewachen ereigneten sich am Mittwoch ganz früh auf mehreren S-Bahn-Stationen von Kopenhagens feinmaschigem Pendelnetz. Mehrere 100 Blockadewachen stoppten während einiger Stunden die Züge, indem sie sich auf die Gleise setzten, Wagen auseinanderkoppelten oder die Notbremsen zogen. Die harten Polizeiaktionen wurden darauf vom Lok-Personal auf einer Gewerkschaftsversammlung verurteilt.

Der Fährverkehr über den Öresund war an mehreren Stellen gestört. In Helsingör konnten die Blockadewachen die Zugfähren nach Schweden am Vormittag stoppen. Vier Abfahrten zwischen Malmö und Dragör mußten abgesagt werden, und eine Fähre von Limhamn früh am Morgen wurde auf halbem

Weg über den Öresund gezwungen, umzukehren...

Auf Kastrup (Kopenhagens Flugplatz, d.R.) verließen alle Angestellten des Gepäckdienstes, Busfahrer und Reinigungspersonal die Arbeit, um in Kopenhagen zu demonstrieren. SAS hat alle Abfahrten eingehalten, indem es die Beamten die Flugzeuge beladen ließ. Ein Teil der Flüge verspätete sich, und einige dänische Inlandsflüge wurden am Morgen abgesagt...“

Die konservative Zeitung »Sydsvenska Dagbladet« berichtet aus Kopenhagen am 11. April 85:

„... Auch gestern versuchten Blockadewachen, Öl- und Benzintransporte daran zu hindern, die sogenannte Ölnsöl zu verlassen. Auch hier gab es einen ordentlichen Zugriff mit der Krawallpolizei... Ein Sprecher der Blockadewachen: ‚Wir wissen, daß wir die Benzingesellschaften nicht daran hindern können, ihre Produkte rauszubringen... Aber wir wollen zeigen, daß wir es ernst meinen...‘

Gleichzeitig wachsen die Müllhaufen in Kopenhagen. Nur die Krankenhäuser werden ihren Müll los, aber auf der anderen Seite werden gerade sie vom Streik hart getroffen. Wir besuchten St. Elisabeth Hospital auf Amager, wo gegenwärtig eine große Anzahl Angestellter in wildem Streik sind. Aber wie viele und welche Personengruppen ihren Arbeitsplatz verlassen haben, darüber will keiner Angaben machen.

Leere Tagesheime: ‚Wir haben einen speziellen Notdienst für solche Gelegenheiten‘, erklärt eine Schwester. ‚Die Patienten im Krankenhaus sind nicht betroffen, aber wir ersuchen alle mit Besuchszeit, zu Hause zu bleiben, wenn es nicht wirklich dringend ist.‘

Und draußen auf der Ölnsöl gehen die Protestaktionen den ganzen Tag weiter. Die meisten Tagesheime und Spielplätze rund um Kopenhagen standen leer. Kommunale Angestellte, Personal in den Rathäusern, Universität, Schulen, Post, Busgesellschaften, Landesverwaltung, Umweltministerium usw. usw. nahmen an der Massendemonstration teil...“

ging um das Recht, für den Preis der Arbeitskraft kämpfen zu können, anstatt sich dem Zwangsgesetz der Regierung unterwerfen zu müssen. Diese Demonstrationen haben den dänischen Arbeitern neue wichtige Erfahrungen gebracht. Schwedische Gewerkschaftsführer weisen auf Erfahrungen im Zusammenhang mit dem britischen Bergarbeiterstreik hin.

Da sei erstens die Unnachgiebigkeit der Regierung Schlüter. Schlüter: »Hat Margret Thatcher 12 Monate durchgehalten, so werde ich wohl noch einige Tage aushalten.« — Die Regierung gibt sich zwar stark, aber es fragt sich, wie lange.

Da ist zweitens die Lähmung des Gewerkschaftsverbandes LO, der keine Streikmaßnahmen gegen das Gesetz unterstützen kann und will. Er muß für die Unterstützung »ungesetzlicher« Aktionen Strafen zahlen. Mit dieser Abmachung haben sich die reformistischen Gewerkschaftsführungen selbst Fesseln angelegt.

Da ist drittens auf der Seite der Arbeiter: die mobilen Streikposten (vergleichbar mit den flying pickets der britischen Arbeiter, die besonders im Bergarbeiterstreik bekannt wurden).

Und schließlich der »Ring der Vertrauensleute«, der die organisatorische und politische Führung übernommen hat und dabei alle politischen Organisationen der Arbeiter erfaßt hat und deren Vertrauen besitzt.

Wie in Großbritannien war nicht der materielle Erfolg das entscheidende Kriterium zur Beurteilung dieser Bewegung, sondern die neuen organisatorischen Formen des Kampfes, die sich herausbildeten bzw. bewährten⁵.

⁵ Im »Kommunistischen Manifest« kann man dazu nachlesen: »Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.«

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg: Die zahlenmäßig größte Gewerkschaft Dänemarks, der Fabrikarbeitsverband (Specialarbetarförbundet SiD), Gewerkschaft der ungelerten und angelernten Arbeiter, hat beschlossen, 175 Millionen Kronen zum Kampf gegen die Regierung Schlüter zu bewilligen. Seine relativ niedrig entlohnten Mitglieder haben durch die Streikbewegung die größten Lohnneinbußen gehabt. Die Gewerkschaft kommt damit der Forderung des »Ringes« nach, die Gewerkschaften mögen ihre Kassen für den Kampf gegen die Zwangsschlichtung öffnen. Es ist anzunehmen, daß andere Gewerkschaften dem folgen werden.

Schlüter hat inzwischen geantwortet, daß dies ein »Mißbrauch« von Gewerkschaftsgeldern sei und damit gedroht, die Kassen der Gewerkschaften zu besteuern.

Die bürgerliche Presse im benachbarten Schweden spricht von »einer Gefahr für die dänische Demokratie. Diese ist viel gefährlicher als der wirtschaftliche Schaden, den die Streikaktionen hervorgerufen haben...«

»Die dänischen Gewerkschaften bewegen sich am Rande der Gefahr, von Fraktionen der extremen Linken geführt zu werden, die die Unruhe entschlossen unterstützen und Blockadewachen organisieren, die hier und dort auftauchen und Polizeieingriffe provozieren.«

(Sydsvenska Dagbladet, 11. 4. 85).

Und auch über die Rückkehr in die Betriebe beriet und beschloß der »Ring der Vertrauensleute«, bevor Resignation hätte um sich greifen können. Die Auseinandersetzungen um Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen werden im Betrieb mit dem Einzelunternehmer weitergeführt, zumal die Zwangsschlichtung nicht höhere Lohnabschlüsse unter Strafe stellt.

Meinungsumfragen sprechen von der (parlamentarischen) Stärkung der Sozialdemokratie und der Sozialistischen Volkspartei, wenn jetzt zum Folketing gewählt würde. ■

Streik zu Ende – alles zu Ende?

Eindrücke aus Großbritannien nach dem Streik

«...die Frauengruppen und die Unterstützungsgruppen müssen weiterarbeiten, indem sie jeden Tag auf's neue überall dort helfen, wo Gemeinden und ihre Bewohner in Not geraten... Genauso wichtig ist, daß Unterstützungs-Kontakte, beide national und international, entschieden gefestigt und entwickelt werden.» (Arthur Scargill in: «The Miner», vom 7.3.1985)

Seit September 1984 besteht ein Kontakt zwischen einer Gruppe Hamburger Gewerkschafter zur Unterstützung der britischen Bergarbeiter und den Frauen-Unterstützungsgruppen. Der Gewerkschafterkreis hatte bei der N.U.M. angefragt, ob es möglich sei, daß Bergarbeiterfrauen in Hamburg auf einer Veranstaltung über den Streik aus ihrer Sicht berichten könnten. Es kamen Kath und Margaret, zwei Frauen der *Sheffield Women against Pit Closures* (S.W.a.P.C.), für eine Woche und sprachen auf fünf Veranstaltungen in verschiedenen Städten Norddeutschlands. Organisiert wurde dies von Cathy, der Frau, die national die verschiedenen Frauenunterstützungskreise koordiniert. Von ihr kam auch die Einladung, die den folgenden Bericht ermöglichte:



«This will never be turned into this»
Hieraus wird niemals das gemacht werden.



Im Februar erreichte uns die Einladung von Cathy, an der Kundgebung am 9. März in Chesterfield zum Internationalen Frauentag teilzunehmen. Wir nutzten die Gelegenheit, und fuhren für fünf Tage nach Sheffield, ca. 50 km von Chesterfield entfernt.

Wir, das sind fünf Kolleginnen und ein Kollege aus verschiedenen Hamburger Gewerkschaften, die vorher schon an der Solidaritätsarbeit beteiligt waren und für die Zeit Urlaub nehmen konnten.

Die Sheffield «Women against Pit Closures» hatten einen Empfang für uns am Bahnhof organisiert. Dabei waren auch Kath und Margaret. Neben der Wiedersehensfreude spürten wir, daß die Frauen etwas bedrückt waren. Sie mußten wegen dem Ende des Streiks unseren Aufenthalt ziemlich umgestalten. «Es ist schade, daß Ihr den Streik nicht mehr erleben könnt, Ihr hättet mit zu den Streikposten gehen können. Oder mit uns Lebensmittelpakete packen, wie wir es selbst freitags immer gemacht haben».

Wir fanden es natürlich auch schade, all das nicht mitbekommen zu können, aber uns kam es darauf an, mit den Kollegen reden zu können. Und das war für uns nach dem Streik sicher notwendiger als vorher.

Gewohnt haben wir die fünf Tage bei drei Familien, die am Streik beteiligt gewesen waren. Dadurch hatten wir beim Frühstück und am Abend Gesprächspartner, um über die Dinge zu reden, die wir erlebt hatten oder die uns unklar waren.

Am Morgen des 9. März fuhren wir nach Chesterfield und trafen uns mit den Frauen der S.W.a.P.C. auf dem Marktplatz. Parallel zur Kundgebung, die im Fußballstadion stattfand, hatten in der Markthalle verschiedene politische Organisationen und viele Frauengruppen Stände mit Informationsmaterial und Buttons aufgebaut. Gemeinsam war ihnen, daß sie den Streik unterstützten.

Im Zusammenhang mit dem Streik ist eine eigene «Button-Kultur» entstanden. Viele Zechen und Gruppen haben eigene Buttons mit Solidaritätsbekundungen für den Streik oder Veranstaltungen wie diese Kundgebung. Einige Männer und Frauen laufen 'rum wie Generale und zeigen stolz ihre Sammlung. Sie wissen zu den meisten Buttons eine Geschichte. Sei es, daß sie ihn beim Streikposten stehen bekommen oder auf irgend einer Demonstration einen im Austausch gegen den der eigenen Zeche erworben haben.

Später sind wir mit ca. 30 Leuten und unserem mitgebrachten Transparent ins Stadion marschiert. Dort waren schon etwa 8000 Frauen jeden Alters, aber auch Männer und Kinder, versammelt. Gleich kam ein Ordner auf uns zu und meinte, wir sollten an der Tribüne entlang gehen, um den Teilnehmern das Transparent zu zeigen. Etwas irritiert – aber da andere ihre Transparente auch so vorführten – folgten wir dem Vorschlag.

YOUR FIGHT HAS MOVED US

— Euer Kampf hat uns bewegt

ONE STEP TO A COMMON FUTURE

— ein Schritt zu einer gemeinsamen Zukunft

LET US MARCH TOGETHER

— laßt uns zusammen vorwärts gehen

TRADE UNION GROUP HAMBURG /FRG

— Gewerkschaftsgruppe Hamburg /BRD

Mit der Wirkung hatte wir nicht gerechnet. Je mehr Teilnehmer unsere Aussage gelesen hatten, desto stärker wurde der Beifall. Am Ende stimmten sie den Sprechchor «The workers united will never be defeated» (vereinigt werden die Arbeiter nie geschlagen) an.

In uns kamen zwei widersprüchliche Gefühle auf. Zum einen fühlten wir uns beschämt. Was hatten wir denn tatsächlich erreicht, wenn man die Kohlelieferungen aus der BRD und das Verhalten unserer Gewerkschaftsführungen betrachtet. Zum anderen fühlten wir uns auch stolz. Hier wurde die Solidaritätsarbeit, die trotzdem von der Basis aus organisiert

wurde, als wichtig anerkannt. Es sprachen Rednerinnen verschiedener Delegationen, z. B. Südafrika (SWAPO), Greenham Common (Atomwaffengegnerinnen) und mehrerer Unterstützungsgruppen. Besonders wurde die Frauengruppe der Maerdy-Zeche (Wales) begrüßt. Uns war zunächst unklar, weshalb sie mit einem solch stürmischen Applaus empfangen wurden. Eine Frau erklärte uns: »Das ist die einzige Zeche, in der es nicht einen Streikbrecher gegeben hat«.



Eine kleine Delegation mit großer Bedeutung.

Unter den weiteren Rednerinnen waren auch Betty Heathfield und Ann Scargill. Diese Tatsache führt häufig, wenn wir davon berichten, zu der Frage: »Das ist doch Personenkult, oder nicht?« Und eine gewisse Rolle spielt er sicher. Aber vorgestellt wurden sie nicht als die Ehefrauen von N.U.M.-Vorsitzenden, sondern als Vertreterinnen der jeweiligen Frauengruppe. Beide haben sich durch ihre Arbeit in den Frauen-Unterstützungsgruppen und den Suppenküchen Respekt erworben. Und in ihren Aussagen wurde deutlich, daß es ein Unterschied ist, ob eine Mildred Scheel sich mit der Krebshilfe produziert oder Ann und Betty auf einer Kundgebung sprechen, weil sie den Bergarbeiterstreik unterstützen.

Und wie ist es mit Arthur Scargill? Die Begeisterung, als er ins Stadion kam, war eindeutig. Die Bergarbeiter und ihre Frauen identifizieren sich mit ihrem Präsidenten, der sagt, was sie fühlen und denken und der stellvertretend für sie seit einem Jahr von den Medien und der Regierung angegriffen wird.

Seine Rede konnte er nicht alleine halten. Sie wurde immer wieder durch Sprechchöre und neue Streiklieder ergänzt. Die Reaktion der Teilnehmer machte deutlich, hier wird kein blinder Personenkult betrieben. Sie hörten genau zu und bejubelten, daß das ausgedrückt wurde, was sie denken.

Aber nun zu den Inhalten. Fast alle Redner betonten den Zusammenhang zwischen dem Kampf der Bergarbeiter um ihre Arbeitsplätze, den Kämpfen der sogenannten sozialen Minderheiten gegen ihre Unterdrückung und der Anti-Atom- und Friedensbewegung gegen die Aufrüstung. (Betty Heathfield: »Was nützen alle unsere Kämpfe für bessere Lebensbedingungen, wenn Atomwaffen produziert werden, um uns und unsere Kinder zu vernichten?«) Der Streik hat bei einem Großteil der britischen Bevölkerung die Massenarbeitslosigkeit als Problem bewußt gemacht.

Als wichtige Aufgabe wurde die Verbesserung der nationalen und internationalen Solidarität benannt. Auch dafür sollen die Unterstützungsgruppen weiterarbeiten.

Die Frage nach Sieg oder Niederlage beantwortete Arthur Scargill durch einen historischen Vergleich:

»1926 wurde für mehr Lohn und bessere Arbeitszeiten gekämpft — dies wurde nicht erreicht.

1984/85 wurde gegen Zechenschließung gekämpft — bis heute ist keine Zeche geschlossen worden, und es konnte uns kein Verhandlungsergebnis diktiert werden. Deshalb gehen wir aufrecht zurück.«

Folgende Gründe wurden für den Abbruch des Streiks genannt:

- Die Einheit der Gewerkschaft durfte nicht durch weiteres Abbröckeln gefährdet werden, um neue Kräfte für die zukünftigen Auseinandersetzungen zu sammeln.
- Die nationale und internationale Solidarität der Gewerkschaften war nicht konsequent genug.
- Die größer werdende materielle Not machte einen Teil der Bergarbeiter anfällig für die Lockgelder der Kohlebehörde.
- Der Kampf mußte gegen einen zu großen Gegner geführt werden, der alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel und Kräfte einsetzte: Justiz, Polizei und Medien — gegen private Unternehmer wäre der Streik längst erfolgreich gewesen.

Ob die Schlußfolgerung, der Streik wäre gegen private Unternehmer gewonnen worden, so stimmt, fragen wir uns. Wenn die Regierung es für politisch notwendig hält, kann sie private Unternehmer in der gleichen Form unterstützen wie die Kohlebehörde. Nach Scargills Rede wurde die Kundgebung mit einem, im Streik entstandenen, Frauenlied beendet.

HERE WE GO

Chorus:

We are women We are strong
We are fighting for our lives
Side by side with our men
Who work the nation's mines
United by the struggle
United by the past
And it's here we go Here we go
For the women of the working class

We don't need government approval for everything we do
We don't need their permission to have a point of view
Don't need anyone to tell us what to think or say
We've strength enough and wisdom of our own to go our own way

Chorus

They talk about statistics About the price of coal
The cost is the communities Dying on the dole
In fighting for a future we find ways to organise
Where womens liberation failed to move this strike has mobilised

Chorus

Ours is a unity that threats can never breach
Ours an education books and schools could never teach
We face the taunts and the violence of Maggies thugs in blue
When you're fighting for survival
You've got nothing, nothing left to lose

Chorus

Refrain:

Wir sind Frauen, wir sind stark
Um unser Leben kämpfen wir
Seit' an Seit' mit unsern Männern
Die die Kohle fördern in den Gruben hier.
Einig durch den Kampf
Einig durch Erfahrung
Geht es: Hier sind wir, hier sind wir
Wir, die Frauen der Arbeiterklasse.

Für das, was wir tun, brauchen wir keinen Erlaubnisschein
In unsere Ansichten redet jetzt keiner mehr rein
Wir verzichten auf jede Vorschrift für unser Denken und Sagen
Wir sind stark und intelligent genug, den eigenen Weg zu wagen.

Refrain

Sie reden über Zahlen und was die Kohle kosten soll
Doch in unseren Gemeinden werden die Arbeitsämter voll
Kämpfend für eine Zukunft organisieren wir unsere Macht
Was die Frauenbewegung nicht schaffte, hat dieser Streik gebracht.

Refrain

Keine Drohung zerbricht unsere geschlossene Front
Wir lernen jetzt mehr als den schulischen Schund
Uns trifft Hohn und Gewalt von Maggies uniformierten Tieren
Kämpfst Du ums Überleben
Dann hast Du nichts, nichts zu verlieren.

Refrain



Rede



und Antwort

Leider, und das sagten auch die Frauen, fand keine Demonstration statt, so daß viele nach Hause fuhren, und der Rest vertreibt zum Marktplatz ging. Dort konnten wir neben vielen anderen eine kleine Rede halten, die wir gemeinsam vorbereitet hatten. Wir berichteten über die Entwicklung der Solidaritätsarbeit in der BRD am Beispiel Hamburg. Dabei versuchten wir zu erklären, warum unsere Gewerkschaftsbürokratie die Unterstützungsaktionen behinderte, und wie schwierig es ist, zur Solidarität zu mobilisieren.

Nach diesem Tag waren wir nicht ganz sicher, ob die Stimmung tatsächlich so gut war oder ob die Atmosphäre der Kundgebung uns den Blick auf die wirklichen Umstände verklärt hatte.

Am nächsten Tag konnten wir an der Abschlußsitzung eines Wochenendseminars in einer Erwachsenen-Bildungsstätte teilnehmen. Hier wurden die Diskussionsergebnisse von Arbeitsgruppen zusammengetragen, die aus Studenten, Gewerkschaftern und Mitgliedern verschiedener Parteien bestanden.

Eine Gruppe hatte sich mit den Einsatzmöglichkeiten von Kohle beschäftigt. Sie stellte fest, daß zur Zeit kein Plan der Kohlebehörde vorliegt, wofür und in welchem Verhältnis Kohle und Kernenergie eingesetzt werden sollen. Durch die technische Entwicklung der Kohleverflüssigung ist das Interesse der Industrie an Kohle wieder gewachsen.

Die Gruppe, die sich mit der Unterstützung der Bergarbeiter aus anderen Gewerkschaften beschäftigte, kam zu dem Schluß, daß diese Unterstützung aus moralischen Gründen gegeben wurde. Die ökonomischen und politischen Argumente der N.U.M. für diesen Streik waren nur teilweise eingesehen worden. Als Konsequenz sahen sie die Notwendigkeit, die Kommunikation zwischen Gewerkschaftern zu verbessern.

Weitere Gruppen beschäftigten sich mit den Frauen-Unterstützungsgruppen, den Arbeitslosen und ihrer Integrierung in die Arbeiterbewegung, den sozialen Minderheiten und den Anti-Atom- und Friedensbewegungen. Sie alle haben den Streik unterstützt. Gleichzeitig haben die Bergarbeiter eigene Erfahrungen mit dem Einsatz von Polizei, Justiz und Massen-Medien gemacht, die sie bisher als gerechtfertigte Maßnahmen gegen Randgruppen begriffen haben. Dadurch sind diese »Minderheiten«, Bewegungen und die Bergarbeiter näher zusammen gerückt, mit der Erkenntnis, einen gemeinsamen Gegner zu haben.

Am Abend sind wir nach Thurcroft, einem typischen Bergarbeiterort, gefahren. Hier gibt es nur die Zeche und den Ort. Wir waren hier mit Margaret und einigen N.U.M.-Mitgliedern und -Funktionären verabredet. Leider mußten wir uns in einem Pub treffen, da die Räume im N.U.M.-Club noch nicht wieder geheizt werden konnten.

Den Kollegen war anzumerken, daß sie nach dem langen Streik erschöpft sind. Aber sie sind nicht resigniert, sondern haben uns immer wieder bestätigt: »Wir sind nicht geschlagen in die Zechen zurückgekehrt. Der Kampf geht weiter.«

Hier vor Ort wurde uns aber auch klar, daß man sich unter »der Kampf geht weiter« leicht falsche Vorstellungen macht,

wenn man die Bedingungen nicht kennt, unter denen der Kampf stattfindet. Die Kumpel haben nicht nur den Willen zum Weiterkämpfen, sondern sind auf der anderen Seite materiell am Ende (durchschnittliche Verschuldung der Familien ca. 30000 DM).

Sie haben erfahren, daß, obwohl sie ein ganzes Jahr lang gestreikt haben, und obwohl die überwiegende Mehrheit den Streik aktiv getragen hat, sie ihre Forderungen nicht durchsetzen konnten. Sie brauchen jetzt etwas Luft, um sich materiell zu erholen, weitergehende Strategien zu entwickeln und Lösungen für die im Streik entstandenen Probleme zu finden.

Das größte Problem ist in den letzten Wochen des Streiks durch die Rückkehrbewegung entstanden. Besonders in Süd Wales haben die Kumpel, vor allem aus dem Streik von 1926, Erfahrungen damit, was passiert, wenn ein Bezirk allein und isoliert versucht, einen Kampf weiterzuführen. Deshalb zogen sie die Konsequenz aus der Rückkehrbewegung und schlugen vor, einen geschlossenen Rückzug zu organisieren. Hierin waren sich alle einig. Die Frage war nur, kann man zurückgehen, solange 700 Kumpel noch entlassen sind? Die meisten meinten, daß durch die Entscheidung, den Streik abubrechen, zwar Probleme entstanden, die aber lösbar sind. Anders wäre das Abbröckeln der Streikfront mit dem damit verbundenen Chaos aber nicht mehr zu stoppen gewesen.

Wie sollen sie aber nun mit den Kollegen, die diese Entscheidung durch ihren individuellen Rückgang in die Zechen erzwungen haben, umgehen? Es entsteht ein Widerspruch zwischen ihren wichtigsten gewerkschaftlichen Grundsätzen. Auf der einen Seite: »Workers united will never be defeated« (s.o.), auf der anderen Seite: »Never cross a picketline« (Überquere niemals eine Streikpostenkette).



Ein Symbol, die Streikpostenlinie: »Nicht übertreten«

Bei den Streikbrechern, »scabs«, die von Anfang an oder sehr früh gearbeitet haben, gibt es keine Diskussion. Sie werden nach alter Tradition aus der Gemeinschaft unter und über Tage und dem gewerkschaftlichen Leben ausgeschlossen.

Bei denen aber, die spät zurückgegangen sind, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Uns schien bei den meisten

die Bereitschaft vorhanden gewesen zu sein, nach Wegen zu suchen, mit ihnen wieder zusammen zu kommen, um die Kraft wiederzugewinnen, die für die kommenden Auseinandersetzungen notwendig ist. Eine Hilfe dabei wird sein, das die meisten der Betroffenen ein »schlechtes Gewissen« gegenüber ihren standhafteren Kollegen haben. Auf diesem Hintergrund konnten wir gut nachvollziehen, was ein Kumpel zum Ausdruck brachte: *»In den Zechen herrscht eine Stimmung, die produktives Arbeiten ziemlich schwierig macht.«*

Diese Tatsache hat allerdings auch ihre positiven Seiten. Je weniger produktiv gearbeitet wird, desto länger wird es dauern, bis die Zechen für private Käufer attraktiv sind. Dadurch wird der Versuch der Regierung, die Kohleindustrie zu privatisieren, erschwert. Während unseres Aufenthalts war deswegen die Vorstellung, den Überstundenboykott weiterzuführen, allgemein verbreitet. Weshalb er jetzt beendet wurde, können wir von hier aus nicht beurteilen. Deshalb jedoch, wie einige es schon beim Streikabbruch getan haben, zu behaupten, jetzt wäre die Kampfbereitschaft der Bergarbeiter zusammengebrochen, halten wir für voreilig und falsch.

Der Eindruck, den wir in Thurcroft bekamen, wurde uns in Cortonwood bestätigt. Auf einer Rundfahrt zu mehreren Zechen der Umgebung Sheffield's konnten wir hier im N.U.M.-Club mit einigen Kumpels sprechen. An der Einfahrt zur Zeche hatten die Streikposten den Spruch geschrieben: *WE TOLD ARTHUR NO SURRENDER* (Wir haben Arthur gesagt — nicht aufgeben). Auf diese Weise machten die Bergarbeiter an mehreren Stellen deutlich, daß dies ihr Streik war und nicht aus Loyalität gegenüber einem Führer geführt wurde.

Wir hatten im N.U.M.-Büro eine Verabredung mit Cathy, der Frau, die für die Koordination der Frauenunterstützungsgruppen organisatorisch zuständig ist. Sie selbst ist bis zum Streik Bergarbeiter- und Hausfrau gewesen und hätte sich nie vorstellen können, das zu leisten, was sie heute praktisch macht. Sie arbeitet ehrenamtlich und hat die Möglichkeit, das N.U.M.-Büro zu benutzen.

Die Frauengruppen sind weder regional noch national in organisatorische Statuten gefaßt. Sie haben sich, weil sie zu 75 % aus Bergarbeiterfrauen bestehen, und aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte, bei Abstimmungen und ähnlichem an den N.U.M.-Statuten orientiert. Jetzt nach dem Streik wird diskutiert, ob und wie sie sich eine feste Struktur schaffen

können. Dabei wird auch diskutiert, wie stark sie sich organisatorisch an die Gewerkschaften angliedern wollen.

Die Grundlagen für diese Überlegungen sind die Veränderungen bei den Frauen selbst. Durch ihr aktives Auftreten im Streik haben sie sich ihren Männern gegenüber eine Position verschafft, die sie so leicht nicht wieder aufgeben werden. Sie wollen sich auch in Zukunft in die Belange ihrer Familien und der Gesellschaft einmischen. Eine drückte es so aus, und das betrifft auch die Bergarbeiter, *»Wir haben uns 12 Monate außerhalb der Gesellschaft befunden. Wir können nicht einfach zurückkehren.«* Es waren nicht nur 12 Monate Streik, sondern sie haben sich über viele Regeln und Gewohnheiten hinweggesetzt, wie bewußte Übertretung von Gesetzen, direkte Auseinandersetzungen mit den ehemals »netten Bobbies«, Erkennen von Klassenjustiz und -Medien und intensives Zusammensein mit Kollegen und ihren Familien.

Am letzten Abend kamen wir nochmal mit allen zusammen, die wir in den 5 Tagen kennengelernt hatten. Wir sahen unter anderem einen Video-Film über die *»Women against pit Closures«*, worin auch über praktische internationale Solidarität am Beispiel Hamburg berichtet wurde. Damit wirkt unsere Unterstützung über die momentane Hilfe hinaus. Während des Video-Films und der Dias aus Hamburg unterhielten sich im selben Raum Labour-Mitglieder, die gerade eine Sitzung beendet hatten, nur über ihre eigenen Probleme. Dieses schnell abgeflaute Interesse am Bergarbeiterstreik und an seinen Konsequenzen wurde von einigen Frauen kritisiert.



Ein Kumpel aus Thurcroft berichtet, wie die Kleidung einer Hamburger Sammlung verteilt wurde.

BACK THE MINERS

**Spenden für die Bergarbeiter
und ihre Familien:**

**Raphaela Kruppa
BfG Wuppertal (BLZ) 330 101 11
Konto-Nr.: 2015 1233 00
Vermerk: Bergarbeiter Großbritannien**

Die GEW-Wuppertal unterhält außerdem ein
**Koordinationsbüro Britische Bergarbeiter
c/o GEW
Haarhausstraße 1 a
5600 Wuppertal 1
Tel. 0202/30 38 01**

Unterstützt die Bergarbeiter

In den Berichten und Gesprächen danach wurde uns nochmal deutlich, wie wichtig schon das bißchen internationale Solidarität ist, das wir leisten konnten. Es wurde aber auch über Australien gesprochen. Von dort ist nicht eine Tonne Streikbrecherkohle verschifft worden. Als die Hafen- und Transportarbeiter nach dem Streik aufgefordert wurden, wieder Kohle zu verladen, haben sie erst die N.U.M. angerufen und nachgefragt, ob das in Ordnung ist.

Daß die ÖTV und der DGB nicht darüber informiert waren, daß aus der BRD Streikbrecherkohle nach Großbritannien verladen wurde, wundert uns nun auch nicht mehr. Ist doch der DGB bei seine Recherchen dahintergekommen: *»Es steht aber außerhalb jeder Frage, daß die entscheidenden Kohlemengen, ... aus Polen, den USA und Australien gekommen sind.«*

Nach diesen fünf Tagen in Yorkshire waren wir und unsere britischen Freunde uns einig: Das Unternehmerlager hat in diesem Streik bewiesen, daß es international gut organisiert handeln kann, wenn ein Partner bei dem Versuch, eine Gewerkschaft zu zerschlagen, in Schwierigkeit gerät. Deshalb wird die internationale Solidarität unter uns Gewerkschaftern immer wichtiger. Da es zur Zeit keine Anzeichen gibt, daß unsere Gewerkschaftsführungen Schritte in diese Richtung unternehmen, müssen wir die Organisation selbst in die Hände nehmen.

Mit der Gewerkschaftsführung an einem Strang?

Zu Jakob Monetas Auswertung der 35-Stunden-Woche:

Ob es unsere Spitzenfunktionäre nun so geplant hatten — oder ob es der reine Zufall war: als ein Ergebnis des Arbeitskampfes der IG Metall um die 35-Stunden-Woche haben es die innergewerkschaftlichen Kritiker schwieriger denn je. Nicht, daß die Schwächen des Tarifvertrages nicht deutlich wären oder daß man mit der Taktik und Strategie der Streikführung zufrieden wäre.

Nach früheren Tarifrunden war der Tenor der Kritik: *„Wenn länger gekämpft und mehr an Gewerkschaftsorganisation ins Feld geführt worden wäre — dann wären keine oder weniger Kompromisse nötig gewesen — dann hätte man noch mehr herausholen können.“* — 1984 ist für unsere Verhältnisse massiv und lange gestreikt worden. Mehr noch: Die *„35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“* war jahrelang die Forderung linker Gewerkschaftskreise. 1983/84 hatten die Gewerkschaftsspitzen diese Vorstellungen übernommen. Sie forderten eine *„gesellschaftliche Bewegung zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche“* — doch die Basis zog nicht richtig mit. Die Mitgliedschaft war zumindest in den nicht-streikenden Gebieten anfällig für die Propaganda der Unternehmenseite. Von Seiten der Gewerkschaftsspitzen wurden tonnenweise Papiere auf den Markt geworfen; sie haben tägliche Klein-Aktionen durchgeführt und den Betriebsfunktionären freie Hand gelassen zu *„phantasievollen Aktionen“* — wobei letztere leider *„versagt“* haben ...

Die Ratlosigkeit auf der linken Seite hat gerade damit zu tun, daß es ihr gewerkschaftspolitisches Konzept war, das nicht aufging. Am Ende der Auseinandersetzung stand der Leber-Kompromiß: der Teilerfolg der IGM einer Arbeitszeitverkürzung um 1,5 Stunden mußte mit einem Teilerfolg der Unternehmer bezahlt werden: dem Einstieg in die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse.

Die vorherrschende Ratlosigkeit kann sich erst auflösen, wenn Kräfte spürbar werden, die auf neuer — klassenkämpferischer — Grundlage den gewerkschaftlichen Kampf fortführen. Diese Kräfte können durch *„Luftbewegungen“* — Agitation, Propaganda, Reden oder kritische Artikel — nicht ersetzt oder geschaffen werden. Aber wir müssen uns auch in der heutigen Lage darüber auseinandersetzen, wo und wie wir diese Kräfte finden und zusammenführen können.

Moneta: Wie es nach dem Streik weitergehen soll

Gedanken, wie es weiter gehen soll, macht sich auch ein führender Vertreter der innergewerkschaftlichen Linken, J. Moneta. In einem Artikel

*„Zum Arbeitskampf in der Metallindustrie 1984 — Wer sich nicht in Gefahr begibt, der kommt darin um“*¹ versucht er, seine Lehren aus diesem Arbeitskampf zu ziehen. (Die folgenden Zitate sind diesem Artikel entnommen. Die in Klammern gesetzten Zahlen geben die Seite an.)

Die Konzeption dieses Arbeitskampfes stimmte in den Augen Monetas: *„Noch niemals hatten wir“* (gemeint sind die IGM und Moneta) *„im Vorfeld einer Tarifaufeinandersetzung so viele gut ausgearbeitete Materialien und Broschüren vorliegen. Noch niemals hatten wir bis in alle Einzelheiten abgefaßte Formulare vorliegen, die alle Eventualitäten berücksichtigten...“* (13). Doch warum wurde *„diese von der Abteilung Tarifpolitik ursprünglich ...vorgesehene Anlage des Tarifkampfes in der Praxis“* (15) so unvollkommen durchgeführt? Hier erkennt Moneta drei Gründe:

1. es genüge nicht, *„sich theoretisch auf eine neue Kampftaktik einzustellen, wenn sie nicht erprobt wird, wenn die*

Funktionäre, die sie umsetzen müssen, nicht über alle Einzelheiten informiert wurden, wenn sie nicht geübt haben, sie durchzusetzen...“ (15)

2. gab es *„eine Reihe von Betriebsratsfürsten, die von vornherein nicht die Absicht hatten, sich auf die neue Kampfform einzulassen.“* Diese Betriebsräte wollten nach Monetas Ansicht sich damit beliebt machen, daß sie ihrer Belegschaft *„einen schönen Streikurlaub“* verschafften, *„anstatt sie zu fordern.“*

Monetas Schlußfolgerung kann also nur lauten: besser **üben** mit den Funktionären, damit sie auch richtig **funktionieren!** Die Mitglieder ohne Funktionen hat er als denkende Wesen offenbar nicht auf der Rechnung. Oder doch: die Mitglieder denken an ihren Geldbeutel und damit müßte man sie packen können. Und deshalb stellt Moneta

3. die Frage: *„Wäre es richtig, die Nichtteilnahme an Streikposten, an der Registrierung der Ausgesperrten, an wichtigen Demonstrationen durch die Verweigerung von Streikgeld für die betreffenden Tage zu sanktionieren?“* (15/16). Moneta weiß, *„daß diese Frage heikel ist“* wegen des Vorwurfs der *„Diktatur“* usw. Wenn dies aber auf Gewerkschaftstagen demokratisch beschlossen wird, dann sind solche Vorwürfe pure Heuchelei: *„Schließlich sind die Arbeitenden in Fabriken und Büros tagtäglich einer autoritären Disziplin, einer „Diktatur“ unterworfen.“* (16) Warum soll man die Mitglieder nicht so behandeln, wie sie es den ganzen Tag schon gewohnt sind: durch Kommandieren?!

Wenn die Mitglieder nicht aus Überzeugung aktiv werden, muß man sie am Geldbeutel packen — das schlägt Moneta vor. Im Grunde ist das die kapitalistische Logik: man kann alles kaufen. Der Unterschied ist nur, daß die Kapitalisten dabei am längeren Hebel sitzen und sie nichts anderes kennen als kaufen — aber die Arbeiter sich in erster Linie durch ihren Zusammenhalt wehren und dafür einige Groschen zurückgelegt haben, die jetzt zu ihrer Gängelung verwendet werden sollen. Und ein Moneta reicht seine Hand dazu — von *„links“*.

Nun wird verständlich, wieso Moneta meint, über fehlende Überzeugung der Mitglieder hinweggehen zu können: *„Im Vorfeld des Arbeitskampfes wurden wir ernstlich gewarnt. Auch aus ‚linken‘ Ecken erreichten uns Angstschreie. Sie wiesen uns darauf hin, daß Umfragen und erste Abstimmungen deutlich machten: für die 35-Stunden-Woche gibt es keine Woge der Begeisterung. Mit einer halbherzigen Mitgliedschaft und einer mehr als skeptischen Bevölkerung sei aber doch wohl das gesteckte Ziel nicht zu erreichen.“* (11)

Was Moneta hier als *„Angstschreie“* bezeichnet, waren offenbar Hinweise darauf, daß die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche nicht in einem Tarifkampf umgesetzt werden kann. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine Frage, die den sozialpartnerschaftlichen Rahmen sprengt. Eine solche Frage ohne eine vom Klassenkampf überzeugte Mitgliedschaft anzugehen, kann zu nichts anderem als einem *„Leber-Kompromiß“* führen.

Die Kampfkraft der ‚stärksten Gewerkschaft der westlichen Welt‘

Aber vielleicht sind solche Hinweise vergebens bei jemandem, der die IG Metall immer noch zur *„stärksten Gewerkschaft der westlichen Welt“* erklärt. Was ist das für ein Aberglaube in die Kraft eines großen Apparates! Man halte dagegen die Kraft, die die britische NUM während des einjährigen Bergarbeiterstreiks entfaltet hat: ohne Streikgelder! — Selbst der Vorstand der IG Metall hatte seine Kräfte realistisch eingeschätzt, indem er Urabstimmung und Streik nur in den zwei stärksten Tarifbezirken zuließ. Weitere Urabstimmungen — wie Moneta sie fordert — wären Bluff gewesen, den die Unternehmer unter Umständen leicht hätten bloßlegen können.

¹ Inhaltlich gleichbedeutende Ausführungen machte Moneta auf einem Treffen des Informationsdienstes *„Info 35“* Ende September in Frankfurt. Sein Referat *„Bewußtsein entsteht nur in der Aktion“* ist erschienen in einer Broschüre des ISP-Verlags *„Der Streik für 35 Stunden — Aktive Kolleginnen und Kollegen ziehen Bilanz“*, herausgegeben von der Redaktionsgruppe des *„Info 35“* im Dezember 1984.

Die Unternehmer haben von Anfang an die Schwächen der IG Metall ausgenutzt. Sie haben mit der Wende-Regierung ein politisches Vorgehen abgestimmt: angefangen von der Propagierung der Vorruhestandsregelung als Alternative zur 35-Stunden-Woche bis hin zur Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit, bei »kalter Aussperrung« kein Kurzarbeitergeld zu zahlen. Und besonders im letzten Punkt mußte sich die IG Metall hinter Satzungen und Bestimmungen verschanzen, um gegenüber den kalt Ausgesperrten ihre Verweigerung von finanzieller Unterstützung begründen zu können. Und alles Argumentieren lief darauf hinaus: wenn wir das auch noch bezahlen müssen, sind wir kampfunfähig! Das ist nichts als die Kehreseite der jahrelangen Propagierung von »Finanzkraft = Kampfkraft«. Es ist die Widerlegung dieser Formel, die den Mitgliedern immer wieder eingehämmert wurde. Diese verstehen das so, daß sie im Falle eines Streiks eine »Lohnersatzzahlung« von ihrer Gewerkschaft erhalten.

Mit diesem Verhältnis der Mitglieder zur Gewerkschaft will Moneta in Zukunft weiter arbeiten, indem er über Gewährung und Verweigerung von Streikgeldern eine aktivere Beteiligung der Mitglieder erzeugen will! Die Austritte in Bayern, die nach dem Streik die IG Metall besonders hart treffen, zeigen deutlich, daß die einfachen Mitglieder in dem Hervorkehren von Satzungen und Vorschriften nur die Absicht erkennen, keine Unterstützung zahlen zu brauchen. Den an sich richtigen Gedanken, daß eine Gewerkschaft nicht finanziell kaputt gemacht werden darf, können nur Mitglieder teilen, die davon überzeugt sind, daß der Kampf notwendig und richtig ist. Aber diese Überzeugung kann nur bei denkenden Mitgliedern entstehen — und denkende Mitglieder haben ihren Preis: sie wollen mitreden und mitbestimmen und nicht nur kommandiert werden.

Offensive in der Krise?

Moneta muß selbst eingestehen, daß sein Festhalten an der **Funktionärs**gewerkschaft IG Metall in die Sackgasse führt: denn trotz aller guten »Konzepte« der Abteilung Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall muß Moneta feststellen: »Die Streikfront stand — still«. (19) Statt daraus Schlüsse zu ziehen, stellt er auch im Nachhinein den Streik als »Angriff« dar: er war »objektiv nicht nur zur Verteidigung des Besitzstandes, sondern als Angriff gegen Arbeitslosigkeit« geführt worden (11). — Jakob Moneta versteht es, ans »linke Herz« zu appellieren für die Parole »In der Krise angreifen«. Gegen den Stillstand der Streikfront, den er sicher zurecht als Beginn des Verfaulens einschätzt, fordert er die Schaffung einer »Möglichkeit der notwendigen Gegenoffensive«, das Anknüpfen »an die phantasievollen Aktionsformen unserer Kolleginnen und Kollegen«. Was Moneta hier vollführt, mag während eines Kampfes als mitreißende Agitation und Mobilisierungsversuch am Platze sein. Daran auch nach dem Abschluß festzuhalten, verdeckt nur die wirklichen Probleme, vor denen wir stehen.

Tatsächlich bestand der von Moneta beschworene »Angriff« in einem wochenlangen Zögern und Zaudern der IGM-Führung — während gleichzeitig die Unternehmer, die Bundesregierung und fast die gesamte bürgerliche Presse eine beispiellose Propaganda gegen die Arbeitszeitverkürzung entfaltet. Mehr als zwei Urabstimmungen traute auch der IG Metall-Vorstand seinen Mitgliedern nicht zu. Was drückte der Jubel von Mayr, Steinkühler usw. bei Bekanntgabe des Urabstimmungsergebnisses denn anderes aus, als Erleichterung über das Abstimmungsverhalten der Mitglieder — an denen keiner vorbeikam? Die »Halbherzigkeit« der Mitgliedschaft war der Grund für das wochenlange Zaudern.

Die Mitglieder hatten nicht wegen, sondern **trotz** der Forderung nach der 35-Stunden-Woche für Streik gestimmt. Dasselbe Verhalten legten im Grunde auch die Mitglieder in den anderen Bezirken an den Tag. Als einfache Arbeiter und Angestellte sind sie sicherlich tagtäglich »autoritärer Disziplin« ausgesetzt. Aber dadurch wird bei ihnen nicht nur Ducken erzeugt, sondern gerade auch Nachdenken und Widerspruchsgeist. Es war die tagtägliche Erfahrung über das veränderte Verhalten der Unternehmer seit dem Auftreten der Massenarbeitslosigkeit und die Ahnung, wie sehr die Unternehmer erst auftrumpfen würden, wenn sie die Gewerkschaft noch lächerlich gemacht hätten, die die Mitglieder dazu

brachte, jetzt doch hinter der IG Metall zu stehen.

Dies Verfahren ist nicht beliebig wiederholbar. Wenn das Unbehagen mit der Art des gewerkschaftlichen Vorgehens und die Kritik an dem schwankenden Verhalten der Gewerkschaft keinen Ausdruck findet, können Scharen von Mitgliedern den Gewerkschaften verloren gehen und in Resignation versinken. — Das einfache Mitglied ist in der IG Metall im Grunde nur als Beitragszahler vorgesehen. Alle Versammlungen z. B. sind auf Funktionäre — Vertrauensleute, Betriebsräte usw. — abgestellt. Auch die Funktionäre sollen in erster Linie »funktionieren«. Bezeichnend für die Stimmung vieler kleiner Betriebsfunktionäre ist der Ausspruch einer Betriebsratsvorsitzenden, die selbst jahrelanges Mitglied der IG Metall ist, angesichts der Kampagne zur Mitgliederwerbung: »Die wollen doch nur unser Geld — als Menschen zählen wir gar nichts.«

Verschleiß an Betriebsfunktionären

Schon in den letzten Jahren — besonders im Rahmen der »neuen Beweglichkeit«, d. h. bei den kurzen Warnstreiks, während der Tarifverhandlungen auf »Knopfdruck von oben« ausgelöst, (wobei aber das Risiko allein bei den Kollegen unten liegt) — zeigte sich, daß die unteren Funktionäre, die Vertrauensleute und Betriebsräte (sie sind in den Augen der Mitglieder »die Gewerkschaft«), vernutzt werden. Ihnen werden immer wieder Tätigkeiten abverlangt — wie Organisieren von Warnstreiks oder auch Vertreten der 35-Stunden-Woche oder gar des Leber-Abschlusses als »Erfolg« — ohne daß sie auf die Entscheidungen wirklichen Einfluß hätten. Viele aktive Funktionäre in den Betrieben haben in der letzten Zeit aufgesteckt, weil sie in Gegensatz geraten — entweder zu ihrer Gewerkschaft oder zu ihren Kollegen. Es entstand und entsteht ein Bedarf an Nachschub. Einen Teil dieses Bedarfs decken solche Kollegen ab, die in den vergangenen Jahren als »radikale« Kritiker der Gewerkschaftspolitik aufgetreten sind. Ihr Schwenk um 180 Grad ist die Konsequenz daraus, daß für ihr radikales Auftreten die Basis fehlte. Aber die Basis für eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik wird auch nicht durch dies Umschwenken gewonnen.

Moneta gibt diesen Kollegen ein ideologisches Rüstzeug, indem er die Widersprüche zu einer Gewerkschaftspolitik vernebelt, die heute versagt. Seine Perspektive ist voll und ganz an das Wirken des Gewerkschaftsapparates gebunden. Die linken Kollegen, die sich heute für die Gewerkschaftspolitik des Apparates einspannen lassen, haben die Hoffnung, auf diese Weise Einfluß zu gewinnen. Sie sollten sich aber im klaren sein, daß sich am Charakter der Gewerkschaften, die sie früher oft übereifrig kritisiert hatten, nichts geändert hat. Moneta versucht zwar, einen grundsätzlichen Unterschied zu finden zwischen »sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften«, die »von der möglichen Harmonisierung der Interessengegensätze« ausgehen, und denjenigen, wie »IG Metall, IG Druck & Papier sowie andere(n), die auf unserer Seite stehen«: »sie sind klassenkämpferisch, auch wenn sie sich selbst nicht so nennen. Allerdings sind sie nicht antikapitalistisch«. (26) Wenn sie nicht antikapitalistisch sind, also nicht die Profitordnung infrage stellen, dann erkennen sie die Existenz des Kapitals an, dann gehen sie im Grunde auch von der »möglichen Harmonisierung« der Klassengegensätze aus. Dann gibt es also bei allen Unterschiedlichkeiten zwischen den DGB-Gewerkschaften keine grundlegenden Gegensätze. Alle Gewerkschaften in der BRD sind Sozialpartner. Auf der Basis der Sozialpartnerschaft liegt auch der Leber-Kompromiß — den jetzt die IG Metall als Erfolg vertritt.

Haben denn nach den lauten Worten von einem »bundesweiten Warnstreik« (Breit) während des 7-wöchigen Streiks 1984 nicht die Gewerkschaften des DGB schnell zurückgefunden zu gemeinsamen Erklärungen mit Unternehmern und Bundesregierung? Offen politisch trat die grundsätzliche Gemeinsamkeit aller DGB-Gewerkschaften zutage in ihrer Haltung zur britischen Bergarbeitergewerkschaft. Den Klassenkampf der britischen Bergarbeiter, die keine Rücksicht auf die Zahlungs- und Existenzfähigkeit der Kohlebehörde nehmen, wenn es um ihre Existenz geht — den wollen sie alle nicht mittragen. Daher ihr Eiertanz bei der Solidarität.

Zwischen etwa der IG Bergbau und der IG Chemie auf der einen Seite und der IG Druck und der IG Metall auf der anderen

Seite gibt es große Unterschiede: so wie die einen kriechen die anderen den Unternehmern noch nicht in den Hintern. Daraus können wir aber keine falschen Hoffnungen ableiten, wie sie Moneta vertritt, daß die offizielle Gewerkschaftspolitik der IG Metall einen anderen Weg beschreiten könnte als den von Rappe und Schmidt. Die Linken, die heute meinen, in die radikalen Reden des Gewerkschaftsapparates einstimmen zu können, werden schon bald wieder in Auseinandersetzungen geraten mit diesem Gewerkschaftsapparat. Worauf wollen sie sich dann stützen?

Wo der Gewerkschaftsapparat nicht weiter weiß — einige Erfahrungen

Es gibt schon bedenkliche Allianzen. Da, wo Teile einer Belegschaft sich freigemacht haben von der Bevormundung — wie etwa die »Aktiven Metaller« bei HDW-Hamburg — lassen sich einige Linke vom Gewerkschaftsapparat als Rammbock gegen diese Kollegen benutzen.

Nicht nur hier hatte sich gezeigt, daß die Gewerkschaften, wie sie heute sind, den Anforderungen der Kollegen nicht mehr genügen: sonst hätte es die »Aktiven Metaller« nicht gegeben. Trotzdem ist keine Betriebsrats- und Vertrauensleute-Tätigkeit im Betrieb möglich ohne gewerkschaftliche Beratung, Information, Schulung, Rechtsauskünfte, Tarife.

Deshalb sind noch immer 99 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder vom Apparat abhängig — materiell und politisch —, auch wenn diese Abhängigkeit oft nur vermittelt besteht durch das Wirken betrieblicher Funktionäre. — Eine Besserung kann es nur von unten geben — durch ein anderes Verhältnis der Mitglieder zur Vertretung ihrer Interessen, durch mehr selbständiges Eingreifen, durch mehr direkten Erfahrungsaustausch zwischen Betrieben und Teilen der Gewerkschaften, in denen sich ein Bedürfnis danach entwickelt, durch mehr unmittelbare gegenseitige Unterstützung.

Bei vielen Auseinandersetzungen der letzten Jahre ist deutlich geworden, daß die Kollegen sich anders als bisher organisieren müssen, wenn sie mit der neuen Lage fertig werden wollen: sei es bei Heckel, sei es bei HDW, sei es in der Unterstützung des Gewerkschaftssekretärs H. Gaßmann, sei es in der praktischen Solidarität für die britischen Bergarbeiter. Dabei gab es immer Auseinandersetzungen mit dem Gewerkschaftsapparat. Es zeigt sich, daß Bewegungsspielräume geschaffen werden können und daß es möglich ist, trotzdem in der Gewerkschaft zu bleiben, soweit die Basis dahintersteht. — Nur darin kann unsere Hoffnung liegen und nicht in Spekulationen über einen besseren Einsatz des Gewerkschaftsapparates, wie sie Moneta anstellt.

Hamburg, 13. 4. 1985 ■

Arbeiterkorrespondenzen

Siegen

Krupp saniert problemlos

Bei Krupp in Siegen (Werke Geisweid und Niederscheiden) sollen kurz- und mittelfristig ca. 550 Kollegen entlassen werden. Die Gründe hierfür liegen in der Verlagerung von Kapazitäten der Halbzeugproduktion nach Rheinhausen sowie in Einsparungen im unproduktiven Bereich (Handwerker und Angestellte) aufgrund der sog. »Gemeinkostenwertanalyse«. Weitere Folge der »Gemeinkostenwertanalyse« (GWA) ist die Streichung eines großen Teils der außertariflichen Sozialleistungen. Hier zeigen sich die ersten Auswirkungen der Fusion Krupp Stahl und Krupp Südwestfalen: Konzentration der Produktion ins Ruhrgebiet sowie Verlagerung der Verwaltung nach Bochum. Diese Maßnahmen bedeuten langfristig den Ruin des Stahlstandortes Südwestfalen.

Seit spätestens Juli 1984 sind die Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen, die nach der Vollfusion von Krupp Stahl und Krupp Südwestfalen durchgeführt werden sollen, in wesentlichen Zügen bekannt: »Programmvereinbarung unserer Erzeugnispalette, die damit verbundene Aufgabe von Erzeugungsaggregaten in Überschneidungsbereichen, die Konzentration von gleichartiger Erzeugung in einem Schmelzaggregat, die Konzentration der Halbzeugherstellung von drei auf zwei Standorte.«¹ Nach der zu Jahresbeginn 85 vollzogenen Vollfusion geht Krupp nun daran, dieses Konzept umzusetzen.

Mitte Februar wird in Siegen bekannt, daß eine Vergleichskostenrechnung der Blockstraßen Geisweid und Rheinhausen durchgeführt wird.

In einer ordentlichen Betriebsversammlung am 17. Februar werden von Vorstandsseite »langfristige Maßnahmen« für die Werkgruppe Siegen angekündigt.²

Die Betriebsausschußsitzung vom 13. Februar bringt dann endgültig die konkreten Fakten auf den Tisch:

— Kapazitätsverlagerung der Blockstraße in 3 Schritten nach Rheinhausen. Der 1. Schritt, die Verlagerung von 10.000 to Halbzeug, soll kurzfristig vollzogen werden, was

einen Verlust von ca. 150 Arbeitsplätzen in Siegen und 95 Arbeitsplätzen in Niederscheiden bedeutet.

— Umsetzung der »Gemeinkostenwertanalyse« (GWA), d.h. Einsparung von 9 % Sach- und Personalkosten.

Am 15. März teilt der Vorstand mit, daß aufgrund der GWA kurzfristig weitere ca. 350 Arbeitsplätze abgebaut und ein Großteil der außertariflichen Sozialleistungen (z.B. Halbierung der Fahrtkostenzuschüsse) gestrichen werden müssen.

Wie reagieren BR und Vertrauensleute?

Nach Bekanntwerden der geplanten Kapazitätsverlagerung nach Rheinhausen rufen BR und VK zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung mit anschließender Protestversammlung in Geisweid auf (14. 3. 85). Die Produktion steht während dieser Zeit still, und selbst ein großer Teil der Angestellten beteiligt sich an den Aktionen. Vorstandsmitglied Dr. Graf betont auf der Betriebsversammlung nochmals die Dringlichkeit von kostensparenden Maßnahmen, um den Bestand des Konzerns und damit auch den Standort Siegen zu sichern. Die anderen Kundgebungsreden haben den Tenor: Bildung einer Interessengemeinschaft von Stahlarbeitern, Bevölkerung, Parteien, Kirchen und regionalen Wirtschaftsverbänden, um die gemeinsamen Interessen der Wirtschaftsregion Südwestfalen zu sichern und um Landes- und Bundesregierung in die Verantwortung zu nehmen. Diese Forderungen finden bei der Belegschaft breite Zustimmung. Über den mit der GWA geplanten Abbau von weiteren Arbeitsplätzen wird nicht gesprochen.

Von Seiten des BR wurde offensichtlich nicht erwartet, daß der Vorstand bereits am folgenden Tag die sofortige Umsetzung der Kostenanalyse (Abbau von 350 Arbeitsplätzen) bekanntgibt. Der BR ist empört über das Vorgehen des Vorstandes und kündigt »massiven Druck« an. Hierdurch sollen ein Aufschieben der Entscheidung und Neuverhandlungen »erzwungen« werden.

Die Reaktionen der gewerkschaftlichen Funktionäre (BR/VK/IGM-OV) beschränken sich auf Wortradikalismus und Appelle an die »Verantwortlichen«. Ziel dieses Säbelrassels ist lediglich, als Sozialpartner wieder an den Verhandlungstisch gerufen zu werden. Nur wenn die Regeln des Mitbestimmungsspiels von der Unternehmenseite eingehalten werden, kann der Belegschaft vermittelt werden, daß »zumindest die verbleibenden Arbeitsplätze gesichert werden könnten.« Das

¹ Neuorganisation der Unternehmensgruppe Krupp Stahl, 25. Juni 1984

² Die DKP leitet aus diesen Äußerungen einen Abbau von ca. 1400 Beschäftigten ab.

allein beinhaltet der Vorwurf: die Arbeitgeber würden eine Störung des sozialen Friedens provozieren.

Indem vom Unternehmer die sozialpartnerschaftlichen Spielregeln durchbrochen werden, bringt der Vorstand die gewerkschaftlichen Funktionen in eine Zwangslage: Entweder sie müssen tatsächlich »massiven Druck« organisieren oder den Aktionen des Vorstandes hilf- und tatenlos zusehen und damit das Gesicht vor der Belegschaft verlieren. Der Krupp-Vorstand hat mit seinem Vorgehen gezeigt, daß er nach wie vor damit kalkuliert, sich auf seinen Sozialpartner verlassen zu können, also eben keinen wirklichen Widerstand zu fürchten braucht.

Die Flugblätter des Betriebsrats und der Verlauf der Ereignisse legen den Schluß nahe, daß die Betriebsrats-Spitze bereits seit Anfang des Jahres über die Maßnahmen des Vorstands informiert war,³ sich aber in der Hoffnung und Illusion wiegte, daß diese nicht so kurzfristig und vor allem nicht in einem Zuge durchgeführt würden. Die BR-Spitze vertraute darauf, bei Verhandlungen hinter verschlossener Tür das Größte abzuwenden zu können. Nachdem die Kapitalseite ihr nun deutlich gezeigt hat, wer hier zum »Wohle« des Gesamtkonzerns die Entscheidung trifft, ist sie ehrlich »betroffen und enttäuscht.« Anstatt aber hieraus Lehren zu ziehen, versucht der BR krampfhaft, die alte sozialpartnerschaftliche und rechtsstaatliche Politik aufrechtzuerhalten. Die Maßnahmen des Krupp-Vorstandes werden als Vertragsbruch⁴ interpretiert, um so die Illusionen zu nähren, auf rechtllichem Wege sei noch etwas zu machen. Das ist nur konsequent: Wer sich bei einem Vertragsabschluß mit Absichtserklärungen abspeisen läßt und diese der Belegschaft als Erfolg einer Arbeitsplatzsicherung verkauft, muß natürlich jetzt so tun, als hätte er die damalige Vereinbarung ganz anders verstanden und sei sozusagen übers Ohr gehauen worden. Sowohl die Fixierung auf den Rechtsstaat als auch die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Illusion scheinen derzeit kaum in Frage gestellt.

Kapital und Politik

Abgesehen davon, daß das Kapital immer noch selbst entscheidet, was ökonomisch sinnvoll ist, interessiert das Gejammer von der »Gefährdung der Wirtschaftsregion Siegerland und deren Folgen« weder die CDU-Bundesregierung noch die SPD-Landesregierung; dies hat bereits die problemlose »Gesundschumpfung« der Hoesch-Siegerlandwerke gezeigt. Für beide, Bundes- und Landesregierung, sind andere Regionen wie z. B. das Ruhrgebiet mit höherem Wählerpotential und höherer Arbeitslosigkeit politisch interessanter. Beide haben, ebenso wie das Kapital, ein Interesse an einem ruhigen Ruhrgebiet und wissen, daß aus der Randregion Siegerland der geringste Widerstand zu erwarten ist.

Schwierig einzuschätzen ist, inwieweit dieser politische Faktor eine entscheidende Rolle bei der Standortfrage spielen wird. Ebenso ist derzeit nicht genau zu bestimmen, ob die sogenannten »Standortnachteile«⁵ Siegens wirklich ökonomisch so erheblich sind, daß sie sich negativ auf den Standort Siegen auswirken müssen.

Die Belegschaft

Gelingt es Krupp und dem BR z. B., den größten Teil der anstehenden Entlassungen über einen Sozialplan bzw. Abfindungen abzuwickeln, wird es keinen Widerstand von Seiten der Belegschaft geben. Selbst wenn es zu »regulären« Entlassungen kommen sollte, ist noch fraglich, ob sich aus der kampfunerfahrenen Siegerländer Arbeiterklasse mehr als Unmut entwickeln wird, es sei denn, ihre Vertreter riefen zu Kampfmaßnahmen auf. Dies scheint derzeit aber ebenfalls unvorstellbar.

Betriebliche Ansätze von Klassenpolitik gibt es so gut wie keine: Die DKP ist nach wie vor isoliert, auch wenn ihre Informationspolitik in der Belegschaft teilweise positiv beurteilt wird; die VK-Politik wird durch den Betriebsrat dominiert, da

der VK-Leiter gleichzeitig Betriebsrat ist und keine eigenständige Politik des VK zuläßt; linke aktive Kollegen lassen sich an einer Hand abzählen und haben, wenn sie als solche bekannt sind, ebensowenig Verankerung wie die DKP. Erst wenn sich solche Kollegen, in welcher Form auch immer, zusammenschließen, wird es möglich sein, wirkliche Ansätze von Widerstand zu entwickeln. 1. 4. 85 ■

Die neueste IGM-Forderung

Vergesellschaftung bei Stahl – eine leere Hülse!

Ein Ergebnis der Stahlkonferenz der IGM am 19. 3. 1985 in Mülheim war die Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie. Wird die IGM auf einmal zu einer Klassenkampf-Gewerkschaft?

Vor zwei Jahren hatte Loderer noch kategorisch eine Verstaatlichungs-Forderung abgelehnt. Damit würde kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen. Jetzt kommt Mohr zu ganz neuen Einsichten: »Wir haben die Kraft aufgebracht, die Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, wir alle. Wer sagt denn, daß wir nicht auch die Kraft aufbringen, die Vergesellschaftung durchzusetzen?« Stecken dahinter tatsächlich neue Perspektiven? Oder hat der Kommentator der bürgerlichen »Westfälische Rundschau« recht, wenn er seinen Artikel betitelt »Pflichtübung«. Hans Mayrs Worte in Gottes Ohren. Aber im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung hat der IGM-Vorstand noch die Mitglieder mobilisieren können. Die Kollegen haben dabei wichtige Erfahrungen mit den Möglichkeiten von Staat und Unternehmen sowie mit der Streiktaktik des IGM-Vorstandes sammeln können. Auf der Stahlkonferenz jedoch wurde über die praktische Durchsetzung der Vergesellschaftung nicht gesprochen. Auch wurde von Vorstandsseite kein Wort über Arbeitsplatzgarantie und damit die Perspektive der Jugend verloren.

Das IGM-Stahlkonzept

In den »Stahlpolitischen Grundsätzen« fordert die IGM als obersten Grundsatz eine »sozialverpflichtende Stahlpolitik«. Dazu gehört nach ihrer Auffassung:

- »Sicherung der Beschäftigung in den Stahlrevieren,
- Sicherung des sozialen Status der Arbeitnehmer,
- Erhaltung der Stahlstandorte,
- Vergesellschaftung der Stahlindustrie bei entscheidenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften,
- Erhaltung u. Ausbau der Mitbestimmung,
- weitere Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich.«

Deutlich wird schon hieran: die Vergesellschaftungsforderung ist eine unter vielen. Außerdem wird diese Forderung vom IGM-Vorstand selbst nur als »Fernziel« betrachtet.

A. Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle

Das rote Gewerkschaftsbuch

Vollständiger Nachdruck der Broschüre »Das rote Gewerkschaftsbuch« aus dem Jahre 1932. 192 Seiten, Inhaltsverzeichnis, Einleitung und ein Vorwort zur Neuherausgabe. Klebebindung, Format 14,5 x 21,0 cm, Preis 6,- DM.

GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER
ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

³ Aus dem o.g. Vorstandspapier waren zudem bereits eine Reihe von Maßnahmen zu ersehen.

⁴ 3. Nachtragsvereinbarung zwischen IGM und KS vom Dezember 1984.

⁵ Gemeint sind hier: Transportkosten, auslaufende EG-Zuschüsse, Schrott als Rohstoff.

Ausdrücklich weist man darauf hin, man will keine Verstaatlichung, sondern eine Vergesellschaftung. Ein entsprechendes Konzept soll über einen gemeinsamen ‚Stahlausschuß‘ von Stahlkonzernen, Bund, Ländern und der Gewerkschaft erarbeitet werden.

Die Vorstellungen des IGM-Vorstandes sehen folgendermaßen aus: Eine nationale Stahl-Holding, in der die Konzerne auch ihre profitablen Weiterverarbeitungsbereiche einbringen sollen; dezentraler Aufbau der Unternehmensverfassung, d. h. die bisherigen Stahlunternehmen bilden 8 Tochtergesellschaften der Holding, es soll keine Einheitsgesellschaft aus unselbständigen Betrieben entstehen. Dementsprechend sollen ‚Regionalausschüsse‘ gebildet werden, die für die ‚Unternehmensplanung‘ und darüber hinaus für die regionale Wirtschaftsstrukturplanung (d. h. eventuelle Ersatzarbeitsplätze im Weiterverarbeitungsbereich besorgen) verantwortlich sein sollen.

Die Aktionäre sollen auf gar keinen Fall entschädigungslos enteignet werden. Die Anteilseigner erhalten Aktien der Stahl-Holding im Verhältnis der Buchwerte, damit sie, laut IGM, nicht aus ihrer ‚gesellschaftspolitischen Verantwortung‘ entlassen werden. Die ‚öffentliche Hand‘ soll aber in der Holding (die Subventionen werden in Buchwerte und damit in Aktienanteile umgewandelt) Stimmenmehrheit besitzen. Von einer Verstaatlichung kann daher nicht die Rede sein.

Entstehungsgeschichte dieser Forderung

Nach dem Moderatoren-Konzept zur Neuordnung der Stahlindustrie und der daraufhin verkündeten massenhaften Arbeitsplatzvernichtung bei HOESCH entwickelten Belegschaftsvertreter in Zusammenarbeit mit der MEMORANDUM-Gruppe ein Verstaatlichungskonzept. Gegenüber den Angriffen auf die einzelnen Stahlstandorte (Jeder stirbt für sich allein!) bot dieses Konzept eine überbetriebliche Perspektive. Ende 1982 wurde dieses ‚Dortmunder Papier‘ von der Vertreterversammlung der IGM in Dortmund verabschiedet und im Laufe des Jahres 1983 von allen Stahlbetrieben übernommen. Diese Initiative von unten stieß auf Widerstand im Apparat. Der IGM-Vorstand nutzte die Tatsache aus, daß diese Forderung der betrieblichen Funktionäre nicht in den Belegschaften verankert war. Allerdings schafften es Betriebsräte und Vertrauensleute nach und nach, über 100.000 Unterschriften in den Betrieben zu sammeln. Zwar wurde es damit noch nicht zu der Forderung der Kollegen, aber gab ihr doch größeres Gewicht. Trotzdem schaffte es Loderer noch auf der Stahlkonferenz 1983, diese Forderung vom Tisch zu bringen, da hier wieder einmal nur die BR-Spitzen, VK-Leiter und Arbeitsdirektoren geladen waren.

Perspektiven

In den letzten Jahren, von 79 bis 84, sank die Stahlbelegschaft in der Bundesrepublik um 27 % = 81.000. Allein 1984 wurden monatlich (!) über 1000 Arbeitsplätze vernichtet. Nach einer Prognose von EUROFER müssen in den nächsten Jahren in der EG mindestens weitere 100.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert werden, allein in der BRD bis 1986 noch 15.000.

August Thalheimer

Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie

Zu den Vorstellungen des ADGB (Naphtali) über die Umwandlung der kapitalistischen Ordnung · 1928
Mit einem Nachwort zur Montan-Mitbestimmung 1981
53 S., Broschur

3,- DM

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG
DES STUDIUMS DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

Im gesamten Stahlkonzept der IGM wird kein Wort darüber verloren, inwiefern ein bundesrepublikanischer Staatsstahlkonzern etwas an dieser Perspektive ändern könnte, nur die Fahne ‚Arbeitszeitverkürzung‘ wird trotziger weiterhin hochgehalten.

Die Forderung nach ‚Vergesellschaftung‘ stößt auf einhelligen und lautstarken Protest bei den Unternehmern und der Regierung. Denn trotz Stahlkrise, die Rationalisierungswelle war bisher so erfolgreich, daß die Unternehmen in diesem Jahr Gewinne von mindestens einer halben Milliarde DM erwarten können (laut DEUTSCHE BANK).

Das muß aber nicht heißen, die Konzerne seien gegen jede Form von Verstaatlichung. Erstens ist nicht gesagt, daß die augenblicklichen Gewinne, die auch nur zur Abtragung früherer großer Verluste dienen, lange anhalten werden. Zweitens ist es bereits jetzt erklärte Politik aller Stahlkonzerne, den Bereich der Stahlerzeugung auszugliedern und damit von den profitablen Weiterverarbeitungsbereichen zu trennen, um damit auch gleichzeitig die rückzahlungspflichtigen Subventionen einzusacken (deshalb will jetzt auch Klöckner als letzter Konzern die Stahlseite ausgliedern).

Drittens würden im Verstaatlichungsfall die Subventionen reibungslos fließen. Da auch im IGM-Konzept die Altbesitzer nicht außen vorblieben, hieße das für sie, ihnen würden stabile Profite garantiert. Die Banken, die zeitweise um die Rückzahlung ihrer Kredite bangen mußten, bekämen eine staatliche Rückzahlungsgarantie.

Viertens könnte der Staat eher die Sozialplan-Politik fortführen, d. h. die soziale Ruhe gewährleisten, und die IGM wäre eingebunden.

Die IGM will zwar ausdrücklich die Wiederholung der Ruhrkohleerfahrungen vermeiden und fordert die Einbeziehung der profitablen Bereiche, aber die Unternehmerinteressen nach Umstrukturierung der Konzerne stehen dem eindeutig entgegen. Man muß aber auch deutlich sagen, solange diese Umstrukturierung auf privatkapitalistischem Weg noch möglich ist (Fusion), werden sie sich erst einmal einer Vergesellschaftung entgegenstellen.

Warum gerade jetzt diese Forderung?

Es muß die Frage gestellt werden, warum der IGM-Vorstand gerade jetzt diese Forderung aufstellt. Vor zwei Jahren gab es noch eine gewisse Unruhe in den Belegschaften (Unterschriftensammlung), jetzt kann der Vorstand diese Forderung gefahrlos selbst erheben. Er muß keine Angst mehr haben, daß sich derzeit daraus eine dann unkontrollierbare Kampfperspektive für die Belegschaften entwickelt.

Die Vergesellschaftungsforderung dient deshalb nur als Kulisse, um über den Stahlausschuß und die Regionalausschüsse wieder an den Tisch der Unternehmensentscheidung zu kommen. Gleichzeitig dokumentieren sie damit für Staat und Unternehmen ihre gesamtgesellschaftliche ‚Verantwortung‘. Sie setzen deshalb erst gar nicht auf Kampf, sondern auf Gespräche mit den Unternehmern und der Regierung. Darüber hinaus hoffen sie auf eine veränderte Wirtschaftspolitik nach einem Regierungswechsel zugunsten der SPD.

Darüber hinaus hatte ja Lafontaine im Wahlkampf angekündigt, er wolle im Falle eines Wahlsieges ARBED-Saarstahl verstaatlichen. Damit hatte er auch seine Parteifreunde im IGM-Vorstand unter Zugzwang gebracht. Gleichzeitig mußte der Vorstand den Stahl-Belegschaften, die bisher um ihre Arbeitsplätze gekämpft haben — wie zuletzt Krupp/Siegen — eine Perspektive für die Zukunft geben.

Aber dieses Konzept kann wirkliche gewerkschaftliche Kraft nicht ersetzen. Die Eigentumsfrage wird damit zwar in die öffentliche Diskussion gebracht, ihre praktische Umsetzung bleibt so lange im sozialpartnerschaftlichen Getue vor den Arbeitern stecken, solange die Belegschaften keinen praktischen Druck in dieser Richtung anwenden.

Was ist nötig?

Die Vergesellschaftungsforderung stieß bei einigen fortschrittlichen Kolleg(innen) auf Zustimmung. Die Gewerkschaftsführung kann sich die Hände reiben. Wie bei der Aus-

einandersetzung um die 35-Std.-Woche übernehmen Linke in-
zwischen Aufgaben des Apparates. Sie werden damit auch für
die Folgen verantwortlich gemacht werden können.

Unsere Aufgabe ist es dagegen, sich erst einmal Klarheit
über die Forderung und die Auswirkungen zu verschaffen.

Die wichtigste Aufgabe aber ist es, an den Stahlstandorten
den Kampf um **jeden** Arbeitsplatz aufzunehmen. Dazu gehört
auch die volle Übernahme der Auszubildenden und die
Forderung nach Einstellung im Gegenzug zum Abbau der
massiven Überstunden.

Bei der Vergabe von Subventionen muß der Betriebsrat Ein-
fluß nehmen. Er muß versuchen zu kontrollieren, wohin die
Gelder fließen und wofür sie verwendet werden (Beispiel BR
Klöckner Bremen — öffentliche Forderung nach Arbeits-
platz-Garantie). Hier wird es in Zukunft in erster Linie
darum gehen, die Gelder für die Sozialpläne im bisherigen
Leistungsumfang zu halten. Die IGM darf nicht wie bei ARBED
SAARSTAHL einem Sozialplanabbau zustimmen.

Hierzu war wohl die wichtigste Resolution der Stahlkonfe-
renz, daß bei einem erneuten Angriff auf die ARBED-Beleg-
schaft alle Stahlbetriebe zu Aktionen aufgerufen werden
sollen.

Aber ohne den Kampf der Belegschaft an den einzelnen
Stahlstandorten bleibt eine nationale Vergesellschaftungs-
kampagne wirkungslos. Die Forderung bleibt dennoch die zur
Zeit einzige überbetriebliche Orientierung. Deshalb kann die
Debatte um diese Vergesellschaftungsforderung dabei helfen,
die verschiedenen Belegschaften zu ersten gemeinsamen
praktischen Schritten zusammen zu bekommen. Der schon
einmal praktizierte Austausch von Rednern auf Belegschafts-
versammlungen ist dazu ein geeignetes Mittel. 15. 4. 1985 ■

IG Chemie

Vom betrogenen Betrüger

Die chemische Industrie hat 1984 klotzig verdient. Da
konnte die IG Chemie schon hoffen, einiges vom Kuchen
abzubekommen. Und es gab einen weiteren Grund: die
Schützenhilfe der IG Chemie für die Unternehmer gegen IGM
und Drupa mit ihrer Forderung nach 35 Stunden. Wie es Horst
Mettke gegenüber dem Verhandlungsführer des Arbeiterver-
bandes Chemie ausführte: *»Wenn die Arbeitgeber nicht den
Vorteil gehabt hätten, zu sagen, es gibt auch Gewerkschaften,
mit denen das anders geht, und wo andere Regelungen
gefunden werden können! Ich weiß, nicht, wie das
ausgegangen wäre, wenn 17 Gewerkschaften alle an der
gleichen Arbeitszeitfront gestanden hätten. Die Lage wäre
dann sicherlich ein bißchen anders gewesen.«* Die gezielte
Spaltung der Gewerkschaftsfront durch die IG Chemie
brachte aber nicht das gewünschte Resultat.

Der Faschismus in Deutschland

Band 1

Analysen, Kommentare und Berichte der KPD-Opposition
aus der Zeit zwischen 1928 und 1933.
Nachdruck der 1973 bei EVA erschienenen Ausgabe, erweitert
um zwei neue Abschnitte:

VII. Faschistische Parolen und Schlagworte

VIII. Kommentare, Berichte und Notizen

293 Seiten, Klebebindung

DM 12,-

GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER
ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

Bettelei bei den Unternehmern

Mettke: *»Und der Dollpunkt war noch, daß Metall sozusagen
den Vorruhestand noch nachgeworfen bekommen hat,
zumindest also von der Optik her eine Vorruhestandsregelung
hat, wenn auch eine schlechte. In welch' einer Position wir hier
sind, das mögen Sie doch bitte einmal überdenken. Ich will
damit deutlich machen, vor welch' einem Problem die
Tarifvertragsparteien stehen. Da nehm' ich Sie nicht aus, Herr
Jentzsch, daß wir eine politische Verantwortung haben und
daß da etwas propagiert und herausgestellt wurde, und wenn
wir es haben wollen, gibt es Schwierigkeiten.«* Der Judaslohn
stellte sich trotzdem nicht ein. Nur 3,8 Prozent mehr Lohn und
Gehalt, wobei die Großkonzerne der Chemie schon ein paar
Tage später den Bonus an die »Mitarbeiter« erhöhen; Bayer z.
B. von 42 auf 60 Prozent des durchschnittlichen individuellen
Monatseinkommens. Das erhöht die Betriebsbindung und
demonstriert die Schwäche der Gewerkschaft.

Und der Vorruhestand plus Alters-Teilzeitarbeit wird per
Tarifvertrag auf höchstens 5 Prozent der Belegschaft
begrenzt. Mit 58 Jahren besteht nur ein Anspruch auf
Altersteilzeit (Vorruhestand nur für Schwerbeschädigte mög-
lich). Ab 59 Vorruhestand nur nach mindestens 15 Jahren
Vollkonti-Schichtarbeit *»ohne wesentliche Unterbrechun-
gen«*(?), für die übrigen ab 60, Frauen haben von der Regelung
nichts, weil die flexible Altersgrenze bei 60 liegt und sie bei
Inanspruchnahme der Tarifvereinbarung in Rente gehen
müßten.

Am langen Hebel sitzt der Unternehmer, der einen
Antrag auf 20-Stunden-Woche ablehnen kann, um stattdessen
Vorruhestand mit 58 plus 3 Monaten anzubieten. Der
Einkommensausgleich hat ebenfalls seine Tücken. Zusatzren-
ten (Knappschaftsausgleichsleistung, betriebliche Pensions-
kassen, private Lebensversicherung auf Rentenbasis) können
auf das Vorruhestandsgeld angerechnet werden. Der Arbeit-
nehmer darf sein Ausscheiden auch noch teils selbst
finanzieren. Die spätere Rente wird ohnehin geschmälert, weil
in der Teilzeit- bzw. Vorruhestandsphase weniger verdient
wird. Und als Krönung: die 40-Stunden-Woche wurde bis Ende
1988 festgeschrieben.

Das Nachspiel

Hermann Rappe versuchte, den Angriff auf die IGM während
der letzten Tarifrunde abzuwehren. Merkwürdigerweise
geschah das gleiche seitens der IGM. Darin drückt sich eine
Annäherung der Standpunkte als ein Ergebnis des Kampfes
um die 35-Stunden-Woche aus: die IGM beginnt sich darauf
einzustellen, unter verschlechterten Bedingungen mit den
Unternehmern möglichst zu Vereinbarungen ohne nochmalige
große Auseinandersetzungen zu kommen. Das zeigt auch
die Isolierung des IGM-Tarifpolitikers Hans Janssen im IGM-
Vorstand. Steinkühler und Rappe haben übrigens der SPD-
Kommission für ein neues Wirtschaftsprogramm eine
gemeinsame Ausarbeitung vorgelegt, in der sie für *»qualitati-
ves Wachstum«*, Umweltschutz und *»Anerkennung der
Marktwirtschaft«* eintreten.

Die Betriebsräte in der IG Chemie haben den Tarifabschluß
trotz seiner Tücken mit Knurren geschluckt. Obwohl sie
wahrlich keine Kritiker des IG Chemie-Vorstandes sind und im
wesentlichen am Gängelband der Unternehmer mittraben,
eine so miese Vorruhestandsregelung haben sie nicht gewollt.
Aber die Kritik ist schon wieder weg. Was bleibt, ist die
Unglaubwürdigkeit von Mettke und Co. gegenüber den
»Rechten« in der IG Chemie, die ja die beste Stütze des
Hauptvorstandes sind. Aber sie schlucken die Sache, weil sie
ja sonst selbst was machen müßten. Das radikale Gerede von
Mettke während der Tarifkommissionssitzungen war ebenfalls
nur für den Hausgebrauch. Der Spielraum der wenigen
fortschrittlichen Kräfte in der IG Chemie hat sich nicht
verbreitert, weil die Stützung aus den Betrieben nicht da ist.

Eine Lehre wird auch klar: selbst die tollste Konjunktur in
einer Branche ändert nichts daran, daß wegen der gesamtge-
sellschaftlichen Situation mit Massenarbeitslosigkeit die
Sonderrolle einer Gewerkschaft mit »Erfolgen« nur Wunsch
sein kann, selbst wenn sie sich noch so sehr anbietet. ■